



Bundesdelegiertentag 1984

Seite 2

**Konstituierende
Sitzung des
Bundesausschusses**

Seite 6

**Protestresolution des
Bundesdelegierten-
tages**

Seite 7

**Presseerklärung zum
Bundesdelegiertentag**

Seite 7

**Antwortschreiben zur
Protestresolution**

Seite 7

**Aus den
Arbeitskreisen**

Seite 7

**Aus den
Bezirken**

Seite 8

Leserbrief

Seite 9

**Was ist das
eigentlich ? (3)**

Seite 10

**Einstieg in den
mittleren technischen
Dienst bei A 6**

Seite 10



Siemens-Pressbild

Am 10. Dezember 1984 feierte die Deutsche Bundespost Richtfest ihrer neuen Erdfunkstelle Fuchsstadt bei Bad Kissingen. Zwei neue Antennenanlagen werden dort errichtet, um dem ständig steigenden Bedarf an interkontinentalen Nachrichtenverbindungen auch künftig Rechnung zu tragen. Unser Bild zeigt das Aufsetzen des 100 Tonnen schweren Parabolreflektors auf das Antennengebäude.

Der Bundesdelegiertentag der VDFB

vom 22. bis 24. Nov. 1984 in Frankfurt/M.

110 Delegierte aus dem Bundesgebiet waren in Frankfurt (Haus Ronneburg) zum Bundesdelegiertentag 1984 versammelt.

Die Eröffnung der Sitzung und die Begrüßung der Versammlung erfolgte durch den Vorsitzenden der BzV Hessen, Helmut Befort. Als Gäste konnten begrüßt werden:

Dipl.-Ing. Albert Albensöder, Präsident der OPD Frankfurt
MinR Dipl.-Ing. Günter Lampe, Referat 212, BPM,
MinR Ekkehardt Stengel, Referat 313, BPM

OAR Rolf Bauer, Projektgruppe DSt 325-1, BPM
Dipl.-Ing. Friedrich-Wilhelm Schollmeyer, AV d. FA Hanau
Dipl.-Ing. Walter Koch, AV des FA Gießen

Dipl.-Ing. Theodor Elbers, Referat 35 B, OPD Frankfurt
Eckhardt Jüds, Uwe Lutz, Hauptpersonalrat im BPM

MdB Peter Paterna, SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag
MdB Gerhard Pfeffermann, CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Horst Hemzahl, CDU-Stadtverordnetenfraktion Frankfurt

Paul Stein, FDP-Stadtverordnetenfraktion Frankfurt

Hans Busch, SPD-Stadtverordnetenfraktion Frankfurt

Rüdiger Schulze, Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft

Heinrich Höffgen, Vorsitzender d. Deutschen Postverbandes
Horst Lipperheide, Stellvertretender Vorsitzender der Christlich-demokratischen Postgewerkschaft

In seinem Festvortrag ging der Bundesvorsitzende Karl Fischer auf die Probleme der Zukunft ein. Insbesondere wurde die ungenügende Fortbildung und Information bei der Einführung neuer Techniken angeführt, auch schriftliche Unterlagen für das Personal seien nicht vorhanden. Die überhastete Einführung der zum größten Teil unausgereiften neuen Techniken führt zu Schwierigkeiten, die auch dem Kunden nicht zugemutet werden sollten.

Die schnelle Einführung neuer Techniken bei der DBP als Exportunterstützung für die Deutsche Wirtschaft ist kein akzeptabler Grund für die Schwierigkeiten, die der mittlere technische Dienst bei der Erledigung seiner Aufgaben bei der Inbetriebnahme sowie bei der späteren Instandhaltung hinnehmen muß, denn zusätzliche Bemessungen und Bewertungen sind für diese Schwierigkeiten nicht vorgesehen. Hierzu stellte der Bundesvorsitzende insbesondere fest: „Die Einführung theoretischer Techniken kostet ihren Preis, denn die neuen Techniken entbehren der praktischen Bewährung.“

Diesen Preis will die Bundespost ihrem Personal in Form von besserer Bemessung und Bewertung nicht zukommen lassen. Das Personal soll „alles so nebenbei“ miterledigen.

Zum Schluß seiner Ausführungen forderte der Bundesvorsitzende außer vermehrten Fortbildungsmöglichkeiten, auch technische Beschreibungen zur Verfügung zu stellen und endlich auch Weiterbildungsmaßnahmen einzuführen.

Grußworte wurden abgegeben von den Vertretern der Parteien, Pfeffermann (MdB CDU/CSU) und Paterna (MdB SPD) sowie Vertretern der OPD, dem Hauptpersonalratsmitglied Jüds, den Vertretern der Gewerkschaften Schulze (DPG), Höffgen (DPV) und Lipperheide (CGP), den Stadtverordneten Hemzahl und Stein.

Im Anschluß an die Grußworte hielt Dipl.-Ing. Günter Lampe, Ministerialrat im BPM, ein Referat zum Thema: **„Die Einführung neuer Techniken bei der DBP und ihre Auswirkungen auf den mittleren technischen Dienst.“**

Darin führte er unter anderem aus:

„Wie sieht der Weg in die fernmeldetechnische Zukunft bei der DBP aus?“

Der erste Schritt auf diesem Weg wurde 1973 - 1978 durch den Aufbau des Integrierten Text- und Datennetzes in digitaler Technik (IDN) getan, in dem heute mit über 265.000 Anschlüssen Telex, Teletex, Datex-L, Datex-P und Hauptanschluß für Direktruf (HfD) zusammengefaßt sind. Diese Dienste werden weiter ausgebaut.

1982 wurde damit begonnen, im Bereich der Übertragungssysteme des regionalen Fernverkehrs die Digitaltechnik im Regelausbau zu verwenden. Der Digitalisierungsgrad erreicht hier 1985 einen Wert von ca. 20 % der geschalteten Leitungen.

Die Ausweitung der Digitalisierung auf die Übertragungssysteme der überregionalen Verbindungen ab 1985 wird etwa 1990 den Digitalisierungsgrad – bezogen auf alle Fernleitungen – auf 50 %, im Jahre 2000 auf annähernd 100 % steigern. Neben den 2 Mbit/s-PCM-Systemen der ersten Hierarchiestufe mit 30 Kanälen wird die höherkanalige PCM-Technik mit 480 Kanälen eingesetzt, die über entsprechende Kabel- und Richtfunkssysteme bis 1987 bereits eine gewisse Flächendeckung bieten wird.

Im Fernsprechwesen ist in diesem Jahr mit dem Einsatz digitaler Technik in der Fernebene begonnen worden; die Ortsvermittlungstechnik folgt ab 1985.

Ab 1990 werden wir keine EMD – sondern nur noch digitale Technik aufbauen. Ihr Anteil an den Gesamt-BE wird aber nur langsam steigen und 1990 erst 1 % erreicht haben.

Etwa ein Drittel aller Hauptanschlüsse des Fernsprechnetzes dürfte bis zur Jahrhundertwende an digitale Vermittlungsstellen angeschlossen sein. Im Jahre 2020 soll die vollständige Digitalisierung erreicht werden.

In die neue digitale Vermittlungstechnik des Fernsprechnetzes wird sich das neue Funkmobilnetz C, das bundesweit 100.000 Funkteilnehmer aufnehmen kann, mit seinen ortsfesten Funkstellen und den digitalen Überleitvermittlungsstellen, die miteinander durch Datenleitungen verbunden sind, einfügen.

Der nächste Schritt zu einem europäischen Funk-Fernsprech-Netz ist gerade erst durch ein deutsch-französisches Abkommen eingeleitet worden, nach dem ein deutsch-französisches Funktelefon in Voll-Digitaltechnik in den Jahren 1988/89 eingeführt werden soll, das dann bis zu 1 Mio. Tln zur Verfügung stehen soll.

Im Gegensatz zur Digitalisierungsentwicklung bei der Individualkommunikation wird für die Massenkommunikation, d. h. für die Verteilung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen, das analoge Übertragungsverfahren über das technisch ausgereifte und kostengünstige Kupferkoaxialkabel auch in den nächsten Jahren weiterverwendet werden, da der Ausbau eines Glasfasernetzes in Serientechnik nicht vor 1991 beginnen könnte.

Die beim Ausbau der Kabelfernsehnetze zum Einsatz kommende funktionale Einheitstechnik ermöglicht die Übertragung von ca. 25 Fernseh- und ebensovielen UKW-Hörfunk-Programmen. Das Systemkonzept erlaubt im Bedarfsfall auch eine Steigerung auf ca. 35 Kanäle.

Die Investitionen für die Verkabelung in Kupferkoaxialtechnik betragen z. Z. etwa nur 6 % unserer gesamten Investitionen. Nach unseren Planungen werden wir in 5 bis 7 Jahren etwa 50 % der Wohnungen mit Kupferkoaxial-

technik versorgt haben. Wir gehen davon aus, daß die Akzeptanz rasch zunehmen wird.

Wie sehr im übrigen ein Bedarf für zusätzliche Programme vorhanden ist, zeigt sich nicht nur an den hohen Verkabelungszahlen einiger Nachbarländer, sondern läßt sich auch an der erstaunlichen Zahl von 1,8 Mio. Videorecordern in der Bundesrepublik Deutschland erkennen, für die die Benutzer bereit waren, ein Mehrfaches der Kabelanschlußgebühr + Ausgaben für die teuren Videobänder zu zahlen.

Dem weiteren Ausbau der Übertragungswege dienen der Einsatz der Fernmeldesatelliten ECS ab 1984, Intelsat ab 1985 und DFS Kopernikus ab 1988.

Die direktstrahlenden Satelliten des deutsch-französischen Gemeinschaftsprojekts TV-Sat/TDF 1 werden ab 1985 ihren Versuchsbetrieb aufnehmen und möglichst bald in die operationelle Phase überführt.

Weitergehende Systemansätze sind denkbar, die u. a. zu einer Verbindung zwischen Breitbandverteilnetzen, Personal-Computern und Bildschirmtext führen. Die Möglichkeiten der Kupferkoaxialnetze bieten also die Chance, neue Endgeräte und Dienste bereits jetzt zu entwickeln und in den Markt einzuführen.

Insofern haben also die Kupferkoaxialnetze auch eine Art Katalysatorfunktion und bilden den ersten Schritt zu einem gleichzeitigen Zusammenwachsen von Verteilnetzen in Kupferkoaxialtechnik und Vermittlungsnetzen in Glasfaser.

Meine Herren, kehren wir noch einmal zur Individualkommunikation zurück und beleuchten den Einsatz der Glasfasertechnik.

Heute sind die Teilnehmeranschlüsse des Fernsprechnetzes und des integrierten Text- und Datennetzes ausschließlich über symmetrische Kupferkabel realisiert. Die Bandbreite dieser Kabel ist begrenzt.

Noch fehlen wirtschaftlich einsetzbare Breitband-Vermittlungseinrichtungen. Deshalb konnten sich bisher auch breitbandige Individualkommunikationsdienste, wie z. B. das Bildfernsprechen, nicht entfalten.

Erst der wirtschaftliche Glasfasereinsatz von Teilnehmer zu Teilnehmer wird die Voraussetzung für eine geeignete Infrastruktur solcher Dienste schaffen.

Bereits heute wird die Glasfaser im Fernbereich eingesetzt und dient somit als wirtschaftliche Alternative und Substitut für die herkömmlichen Übertragungssysteme in Kupfer. Die bereits im Bau befindliche Glasfaserstrecke, die wie das Bundesautobahnssystem die Städte Hamburg-Hannover - Bonn - Frankfurt - Stuttgart - München verbindet, von dem die Teilstrecke Hamburg - Hannover gerade in diesen Tagen von unserem Minister eröffnet worden ist, schafft als Netzurückgrat äußerst günstige Startbedingungen für die Aufnahme breitbandiger Dienste der Individualkommunikation von Teilnehmer zu Teilnehmer: also schneller Datenaustausch, Bildtelefon und Videokonferenzen, von denen letztere schon heute in Einzelfällen über Satellitenverbindungen ermöglicht werden.

Um diesen Service vorzubereiten und zu schaffen, soll ab 1985/86 in einigen geschäftlichen Zentren, wo sich bereits ein Bedarf entwickelt hat bzw. abzeichnet, mit dem Ausbau von Teilnehmeranschlüssen in einem sogenannten Glasfaseroverlaynetz begonnen werden. Hierbei werden die Ergebnisse, die derzeit mit den BIGFON-Versuchsnetzen gewonnen werden, einfließen. Letztere bieten übrigens die Basis für eine frühzeitige Entwicklung geeigneter Endgeräte durch die einschlägige Industrie."

". . . Wenn wir jetzt auf die Auswirkungen neuer Techniken speziell auf die Angehörigen des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes zu sprechen kommen, so möchte ich auch hier mit einigen globalen Aussagen beginnen:

Die Einführung neuer Techniken und Systeme wird sich, wie wir gesehen haben, über Jahre oder gar Jahrzehnte erstrecken. Sie geschieht schrittweise, vollzieht sich in mehreren Parallelen und längerfristigen Überlappungen und steigert sich stückzahlmäßig nur sehr allmählich. Dementsprechend werden die personellen Auswirkungen sein.

Qualitativ gesehen ist dies damit zunächst nur für relativ wenige Kräfte von Bedeutung, deren Zahl natürlich im Laufe der nächsten 10, 20 Jahre zunimmt. Durch Einführung neuer Techniken wird ein Teil der zu erledigenden Aufgaben schwieriger werden, für einen nicht unerheblichen Teil dürften die Anforderungen durch den Einsatz hochintegrierter Elektronik und der Mikroprozessortechnik dagegen geringer werden.

Nach derzeitiger Erkenntnis wird der Personalbedarf infolge der zuverlässigeren Technik, einfacherer Bedienung und der zunehmenden Sättigung in der Telefonnachfrage negativ beeinflusst. Die beschriebenen neuen Dienste, zusätzliche Leistungsmerkmale und weiter steigende Verkehrszahlen wirken diesem Trend jedoch mehr als kompensierend entgegen. So ist der Bestand aller BFt-Personalposten in den letzten 5 Jahren bereits um 5.000 aufgestockt worden, und unsere Personalbedarfsprognosen für die nächsten 10 Jahre weisen Zuwächse in der BFt-Laufbahn von sogar 12 %, in der CFt-Laufbahn und in der AFt-Laufbahn von je 6 % aus. Lediglich der ArbFt-Bereich zeigt mit 10 % Rückgang eine abnehmende Tendenz.

Sehen wir uns jetzt einzelne Aufgabenbereiche etwas näher an.

Zunächst die Fachbereiche V und E, in denen 51 % aller BFt-Kräfte beschäftigt sind. Während bei den elektromechanischen Vermittlungssystemen alle Verrichtungen an der Hardware vor Ort vorgenommen werden müssen, bringt der Betrieb programmgesteuerte Technik grundlegende Veränderungen mit sich.

Fehler in den Funktionseinheiten werden an zentraler Stelle automatisch erkannt und geortet, ebenso werden Bedienung und Instandhaltung weitgehender als bisher zentralisiert. Nach dem auf dem Betriebsterminal ausgedruckten Ergebnis lassen sich vor Ort die Baugruppen mit einfachen, sich wiederholenden Bedienprozeduren, für die keine speziellen Systemkenntnisse erforderlich sind, auswechseln. Hiermit dürften ca. 3/4 des Instandhaltungsaufwands erledigt werden können, während für den übrigen Teil allerdings besondere systemspezifische Kenntnisse vorhanden sein müssen. Etwa 5 % sind aufgrund der Komplexität der technischen Systeme von höchstem Schwierigkeitsgrad und erfordern Ingenieurwissen.

Während bei Fernvermittlungsstellen der Bedienanteil gegenüber dem Instandsetzungsaufwand zurückgehen wird, wird der Bedienanteil bei den OVSt durch Realisierung von Leistungsmerkmalen im ISDN steigen.

Für die betroffenen Kräfte werden somit umfangreiche Fortbildungsmaßnahmen erforderlich, in denen in einer Gruppe Kenntnisse der Elektronik, der Datenverarbeitung und der wichtigsten Funktionsabläufe in SPC-Systemen, in der anderen Gruppe Systemkenntnisse unterschiedlicher Eindringtiefe vermittelt werden müssen.

Im FeV-Bereich weist die Personalentwicklung bis 1990 einen weiteren Anstieg, danach jedoch eine abfallende Tendenz aus.

Aufgrund der Verweildauer der letzten EMD-Anlagen bis zum Jahre 2020 werden heute 30jährige Kräfte noch mit der EMD-Technik in den Ruhestand gehen können, so daß sich die Umstellung auf neue Techniken durch natürlichen Zu- und Abgang weitgehend selbst regeln dürfte.

Für den Bereich FeE ist mittel- und langfristig mit einem insgesamt gleichbleibenden Bedarf an BfT-Personal zu rechnen. Dabei ist eine Wandlung von BF-Tätigkeiten zu Gunsten von BfT-Tätigkeiten (z. B. Störungsannahme) mit eingeschlossen.

Die Zahl der Nebenstellenanlagen bzw. der daran angeschlossenen Sprechstellen, die von der DBP zu betreiben sind, wird sich in Zukunft kaum weiter erhöhen. Vielmehr wird sich die DBP anstrengen müssen, den heutigen Marktanteil zu halten. Dafür wird sich bei diesen Anlagen die Wandlung zur vollelektronischen Technik besonders schnell vollziehen und somit erhöhte Anforderungen an das Personal stellen. Wegen des damit verbundenen hohen Fortbildungsaufwands kommt einer entsprechenden Marktstrategie der DBP eine besondere Bedeutung zu.

Gleiches gilt für die öffentlichen Münzapparate und sonstigen Endstellen, wo sich der Trend zum Komforttelefon fortsetzen wird.

Der Instandhaltungsaufwand für die öffentlichen Münzer wird sich infolge der zunehmenden Einführung von Chipkartentelefonen verringern, während er bei den Endgeräten steigen dürfte. Allerdings wird sich ein Teil der Aufgaben im Auswechseln vor Ort erschöpfen, während die Instandsetzung an zentraler Stelle vorgenommen wird.

Die zunehmende Integration von Fernsprech- und Datenendgeräten mit der Zusammenlegung von Aufgaben im Technischen Betrieb einerseits und Technischen Kundendienst (TK) andererseits wird im übrigen zu Veränderungen in der organisatorischen Zuordnung des Personals erfahren. Ich will in diesem Zusammenhang nur das neue Konzept "Fernmeldeamt Zukunft" erwähnen, mit dessen Vorstellung jetzt bundesweit begonnen wurde, ohne jedoch in diesem Vortrag näher darauf einzugehen.

Im Orts- und Fernlinienbereich, wo ein weiteres Drittel aller BfT-Kräfte beschäftigt ist, zeichnen sich keine so gravierende qualitative personelle Auswirkungen infolge neuer Techniken ab, zumal hier ein hoher %-Satz der BfT-Kräfte Führungsfunktionen ausübt.

Obwohl der laufende Zuwachs an Fernlinien und der zügige Ausbau des BK-Netzes zu einem Anstieg des Personalbedarfs führt, wird infolge abnehmender Tendenz bei den Erweiterungs- und Ersatz-Investitionen für das Anschlußliniennetz langfristig mit einer Abnahme des Personalbedarfs gerechnet.

Die für die Montage und die Unterhaltung der Linien verwendeten Techniken werden im übrigen zur weiteren Vereinfachung der Arbeiten für die ausführenden Kräfte führen.

Erst der Einsatz von Glasfaserkabel mit entsprechenden Abschluß- und Übergangseinrichtungen wird neue Anforderungen an das Personal stellen. Angesichts des sehr geringen Umfangs in den Bigfon-Versuchsnetzen, dem voraussichtlich 1985/86 beginnenden Aufbau des Glasfaserverlay-Netzes sowie der erst ab Ende der 80er Jahre zur Verfügung stehenden serienmäßigen Breitband-VSTn werden die daraus resultierenden Anforderungen auf die BF-Kräfte mengenmäßig aber erst ab Mitte der 90er Jahre fühlbar werden.

Auswirkungen in den Bereichen Ü und Fu werden sich

durch die forcierte Einführung der digitalen Übertragungstechnik sowie den auf das ganze Bundesgebiet verteilten Aufbau von Erdefunkstellen ergeben. Besonders im Übertragungsbereich wird die Zahl der zu betreuenden Gerätearten zunehmen, ebenso der Zwang zur Spezialisierung sowie eine stärkere Unterscheidung zwischen den Arbeiten Entstören im Betrieb und Ausbessern in zentralen Werkstätten. Die Veränderungen in den Anforderungen macht sich jedoch zahlenmäßig mehr bei Cft- als bei BfT-Kräften bemerkbar und wird in den nächsten 10 Jahren nur geringes Gewicht im Vergleich zu den o. a. Aufgabenbereichen haben.

Im Bereich Btx werden wir bis Ende 1984 über 20.000 Teilnehmer haben. Für die folgenden Jahre rechnen wir mit einem steilen Zuwachs der Zahlen. Allerdings ist die Teilnehmerentwicklung gegenüber früheren Aussagen wegen des Lieferverzugs bei der neuen Systemtechnik um etwa 1 Jahr verzögert, so daß die bisher prognostizierte Zahl von 1 Mio. Teilnehmer nicht vor 1987 erwartet werden kann.

Hier handelt es sich um eine ganz neue Rechnertechnik, deren Unterhaltung einen sehr hohen Aufwand an Schulungsmaßnahmen erfordert. Hinzu kommt, daß die Betriebsunterlagen nicht in deutscher Sprache vorliegen und auch nicht mit vertretbarem Aufwand übersetzt werden können, so daß die hiervon betroffenen 150 Cft- und BfT-Kräfte noch mit ausreichenden Fachenglischkenntnissen versehen werden müssen.

Als letztes Beispiel möchte ich die Veränderungen erwähnen, die sich durch die Einführung des Projekts "KONTES" ergeben.

Für die Anwendung von "KONTES" – der kundenorientierten Neugestaltung der Teilnehmerdienste mit Einsatz von DV-Systemen – sind z. Z. in 7 Städten des Bundesgebietes DV-Anlagen aufgebaut bzw. geplant. Für den Betrieb der Rechenzentren sowie für die Wartung der Fernperipherie werden auch BfT-Kräfte eingesetzt, allerdings mit z. Z. noch kleiner Zahl.

Generell ist davon auszugehen, daß der Einsatz neuer Techniken und Systeme nicht unter der Prämisse erfolgen kann, daß die Qualifikation des Betriebspersonals weitgehend verändert werden muß. Es wird vielmehr bei der Systementwicklung darauf zu achten sein, daß ihre Bedienung durch das vorhandene – allerdings den Anforderungen entsprechend geschulte – Personal möglich ist.

Auf diesen wichtigen Punkt, nämlich die Fortbildung der BfT-Kräfte als Folge einer Einführung neuer Techniken, möchte ich noch etwas näher eingehen.

Meine Herren, es wird verschiedentlich Klage geführt, daß die DBP hier nicht genügend für ihr Personal tut. Die Aussage deutet eine gewisse Unzufriedenheit an, gleichzeitig signalisiert sie aber auch das Interesse des Personals, sich den technisch-betrieblichen Erfordernissen entsprechend weiterbilden zu wollen. Zu diesem Komplex ist folgendes zu sagen:

1. Die Zahl aller für Fortbildung im Fernmeldewesen zur Verfügung gestellten Ausfalltage wurde in den letzten Jahren ständig erhöht. In diesem Jahr werden wir mit den begrenzten Haushaltsansätzen von 600.000 Ausfalltagen für Einweisung und betrieblich-fachliche Fortbildung allerdings nicht alle Forderungen erfüllen können.

Die Abteilungen 2 des BPM bejahen voll und ganz die Notwendigkeit einer rechtzeitigen betrieblich fach-

lichen Fortbildung und setzen sich für eine haushaltsmäßige Abdeckung ein.

Für 1985 haben wir eine Erhöhung der Zahl der Ausfalltage angemeldet. Dennoch werden wir an die Eigenverantwortung der OPDn und Ämter appellieren müssen, im Rahmen der ihr zur Verfügung gestellten Quote Prioritäten nach der Rangfolge der betrieblich-fachlichen Notwendigkeit zu setzen.

Im Vergleich zu anderen Laufbahnen schneidet der Bft-Dienst übrigens relativ gut bei der Fortbildung ab: Obwohl er mit rd. 55.000 Kräften nur rd. 1/3 des ges. Fernmeldepersonals stellt, entfiel auf die Bft-Laufbahn seit über 10 Jahren etwa die Hälfte der Zahl aller Lehrgangsteilnehmer, die Anzahl der Lehrgangstage lag sogar über 50 %. Ich vermute, daß diese Relation auch zukünftig so bleiben wird.

2. Zur Erzielung gleicher Bildungschancen und Qualifikationen, und damit möglichst alle Bediensteten und Organisationseinheiten sich auf Inhalt und Umfang der Bildungsmaßnahmen einstellen können, wurden für eine Reihe von Aufgabenbereichen Fortbildungskonzepte entwickelt. Diese Arbeiten werden fortgesetzt.

Es muß aber einsichtig sein, daß der Fortbildungsaufwand nicht beliebig wachsen kann. Das, was nicht mehr unter Spezialwissen und wirkliche Neuerungen einzuordnen ist, muß zunehmend in die Ausbildung übernommen werden. Die Ausbildungsinhalte müssen deshalb in kürzeren Fristen als bisher den betrieblichen Erfordernissen angepaßt werden.

3. Im übrigen sollten wir nicht vergessen, daß Wissensanpassung nicht nur über einen Lehrgang erfolgen muß. Auch die Unterweisung am Arbeitsplatz und das Selbststudium gehören dazu, und beides sollte einen angemessenen Stellenwert behalten, und zwar für die Angehörigen aller Laufbahnen.

Wenn hier und da kritisiert wird, daß gelegentlich die notwendigen Informationen nicht immer in der gewünschten Schnelligkeit an die Betroffenen gelangen, dann bedauern wir das auch. Eigentlich dürfte dieses bei einem Kommunikationsunternehmen nicht vorkommen. Obwohl hier manchmal aus politischen Gründen gewisse Grenzen gesetzt sind, sind wir sehr um Verbesserungen bemüht, und ich kann Sie nur bitten, auch Ihrerseits Initiativen in dieser Richtung zu ergreifen.

Und noch einige Anmerkungen speziell zur Ausbildung:

Da etwa 3/4 aller ausgebildeten FHandw in den Bft-Dienst übergehen und dieser Prozentsatz noch steigen wird, wird auch zukünftig die Ausbildung zum Facharbeiter Grundlage für die AFt/Bft-Ausbildung bleiben. Seit geraumer Zeit sind wir dabei, die FHandw-Ausbildung und die anschließende AFt-Bft-Ausbildung neu zu konzipieren.

So beabsichtigen wir, gemeinsam mit der z. Z. laufenden Neuordnung der Elektroberufe in der Industrie möglichst schon 1986 mit einer neuen FHandw-Ausbildung beginnen zu können, die den Erfordernissen zukünftiger Technik besser als die heutige entspricht.

Die ersten Gespräche mit den Tarifpartnern und dem Bundesinstitut für Berufsbildung in Berlin sind in dieser Sache geführt worden.

Die derzeitige AFt/Bft-Ausbildung soll umgehend den Erfordernissen entsprechend angepaßt und später dann in das neue Konzept eingeordnet werden. Daß diese Anpassung wegen fehlender Haushaltsmittel nicht – wie vor-

gesehen – in diesem Jahr vollzogen werden konnte, gefällt uns genau so wenig wie Ihnen.“

★ ★ ★

Der 2. Sitzungstag wurde durch den Bundesvorsitzenden Karl Fischer eröffnet. Die vorliegende Tagesordnung wurde verlesen und einstimmig von der Versammlung genehmigt. Der vorliegenden Geschäftsordnung für den BDT 84 wurde stattgegeben und mit der Führung der Tagesleitung folgende Kollegen betraut: B.-P. Reimann, K. Wetzlar, R. Klein und G. Huber.

Die Wahl der Antragskommission wurde vorgenommen und der Empfehlung des Bundesvorstandes wurde entsprochen, da diese Kollegen schon am 21. 11. 84 mit der Beratung der Anträge beschäftigt waren. Folgende Kollegen waren in der Antragskommission: F. Roschkowski, W. Mager, R. Klug und H. Befort.

Für die Wahl der Mandatsprüfungskommission wurden folgende Kollegen gewählt: J. Rieger, D. Kimminus und W. Zok.

Der Bericht des Bundesvorstandes wurde von Karl Fischer vorgetragen. Er schilderte die umfangreiche Arbeit der zurückliegenden 2 Jahre, wobei er in diesem Zusammenhang eine mehr als gute Zusammenarbeit mehrerer Kollegen und deren persönliches Engagement hervorhob.

Den Kassenbericht gab der Kollege Scheiterlein ab. Ihm wurden durch die Kassenprüfer eine korrekte und übersichtliche Kassenführung bestätigt. Sie beantragten gleichzeitig dem Kassierer Entlastung zu erteilen.

Der nächste Tagesordnungspunkt brachte die Entlastung des gesamten Bundesvorstandes; sie wurde auf Antrag einstimmig ausgesprochen.

Bei den nun anstehenden Wahlen zum Bundesvorstand wurden folgende Kollegen gewählt:

Bundesvorsitzender	Peter Behrend (BzV Berlin)
Stellvertretende	Gerhard Huber (BzV Nordbaden)
Bundesvorsitzende	Franz Roschkowski (BzV Dortmund)
Schriftführer	Bernd-Peter Reimann (BzV Hessen)
Stellvertretender	
Schriftführer	Willy Mager (BzV Rhein-Ruhr)
Kassierer	Hermann Scheiterlein (BzV Hessen)
Stellvertretender	
Kassierer	Kurt Wetzlar (BzV Hessen)

Als Kassenprüfer für die Kasse des Bundesvorstandes wurden die Kollegen K.-H. Füsting und H.-W. Fuhrmann gewählt.

★ ★ ★

Karl Fischer Ehrenvorsitzender der VDFP

Der scheidende Bundesvorsitzende Karl Fischer wurde von den anwesenden Delegierten einstimmig zum Ehrenvorsitzenden der VDFP gewählt. Hierdurch wurde die langjährige Tätigkeit Karl Fischers für die VDFP gewürdigt. Für den Bundesvorstand faßte Kollege Reimann die Verdienste Karl Fischers in einer Laudatio zusammen. Er brachte einen chronologischen Vortrag über die Tätigkeit des scheidenden Bundesvorsitzenden in den Jahren 1968 bis 1984 und führte die markantesten Punkte der Aktivitäten des Bundesvorsitzenden auf.

Karl Fischer dankte in bewegten Worten für seine Wahl zum Ehrenvorsitzenden und erklärte sich bereit, weiterhin im Rahmen seiner Möglichkeiten die Aktivitäten der VDFP zu unterstützen.

Die ausscheidenden Mitglieder des Bundesvorstandes, Andreas Damian und Erwin Wehner, wurden für ihre langjährige Tätigkeit mit dem Ehrenteller der VDFP ausgezeichnet; auch dem Ehrenvorsitzenden Karl Fischer wurde für seine Verdienste der Ehrenteller der VDFP als besondere Auszeichnung überreicht.

Zum Abschluß der Tagung ergab sich unter Punkt „Verschiedenes“ noch eine lebhafte Diskussion, die mit den besten Vorsätzen für die künftigen Aufgaben, sowohl in den Bezirksvereinigungen als auch im Bundesvorstand, beendet wurde.

Das Schlußwort sprach der Bundesvorsitzende Peter Behrend, der sich bei den Delegierten für ihre Mitarbeit bedankte.

kämpfer sind in unserer Vereinigung nicht gefragt, sondern Teamgeist – sei es in den Orts- oder Bezirksvorständen sowie im Bundesvorstand. Aber auch die Mitglieder sind aufgerufen sich in den Arbeitsgruppen der einzelnen Fachbereiche zu beteiligen.

Die allseits bekannte härtere Gangart der Verwaltung macht uns die Arbeit nicht leichter, ist aber auch kein Grund zur Resignation. Polemik jedoch sollten wir von unserer Arbeit fernhalten – nur wer ist frei davon, auch ich nicht. Den guten Ruf unserer Vereinigung, sachbezogen zu argumentieren und hohes fachliches Wissen in fundierte Vorschläge umzusetzen, betrachte ich als Kapital, das wir gemeinsam nutzen und erweitern müssen.

Der 9-Punkte-Forderungskatalog, die angenommenen Anträge des Bundesdelegiertentages 84 und die noch nicht erledigten Anträge vorhergegangener Delegiertentage bilden die Richtschnur unserer Arbeit.

Damit diese auch zukünftig erfolgreich weitergeführt werden kann, bitte ich Sie und alle Mitarbeiter in Vorständen und Arbeitskreisen um Unterstützung und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Peter Behrend

Kleine Biographie unseres neuen Bundesvorsitzenden

Zur Person:

Als neuer Bundesvorsitzender der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e. V. möchte ich mich den Kollegen die mich noch nicht kennen kurz vorstellen:

Geboren 1938 in Berlin und nach Realschulabschluß seit 01. April 1954 bei der DBP. Ausbildung (Fernmeldehandwerker), Amtsbaupersonal und Nebenstellenbau waren die Stationen der ersten 6 Dienstjahre. Anfang 1960 wurde ich zur Dst UFe versetzt und nach kurzer Einarbeitungszeit zum Militäramt 5 abgeordnet.

Nach der Laufbahnausbildung und Prüfung erfolgte die Übernahme als TFass z. A. am 1. 4. 1965. Das Durchlaufen der Beförderungsämtler schloß sich an und heute gehöre ich zu der ehrenwerten Gruppe der Planstellenpuffer-Geschädigten, in stiller Erwartung einer Planstelle A 9.

Bedingt durch die Arbeit in einer Sonderdienststelle, war mir die VDFP jahrelang kein Begriff. Aber auch bei den anderen Berliner Kollegen war das Wissen um diese Vereinigung nicht weit verbreitet. Erst im Jahre 1976 gründeten wir die VDFP-Bezirksvereinigung Berlin, deren Vorsitzender ich seit der Gründungsversammlung bin.

Auf dem Bundesdelegiertentag 1978 wurde ich als Beisitzer in den VDFP-Bundesvorstand gewählt. 1980 nahm ich die Wahl zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden unserer Vereinigung an und wurde 1982 durch Wiederwahl auf diesem Posten bestätigt. Die Versammlung des Bundesdelegiertentages 1984 wählte mich als Nachfolger Karl Fischers zum Bundesvorsitzenden der VDFP.

Zur Sache:

In der Wahl zum Bundesvorsitzenden der VDFP sehe ich den Auftrag: im Sinne der bisher geleisteten Arbeit für die Belange der Beschäftigten des mittleren technischen Dienstes bei der DBP im Rahmen aller Möglichkeiten und Rechte der Vereinigung einzutreten.

Verbesserungen für unsere Laufbahn können wir aber nur erreichen, wenn alle an der Sache mitarbeiten. Einzel-

Konstituierende Sitzung des Bundesvorstandes am 7. u. 8. 12. 84

Am 07. und 08. 12. 1984 fand in der Geschäftsstelle der VDFP in Frankfurt die Konstituierende Sitzung des Bundesvorstandes statt.

In einem kurzen Rückblick auf den Bundesdelegiertentag 1984 stellte der Bundesvorsitzende Peter Behrend fest, daß der Delegiertentag in Form und Ablauf als voller Erfolg zu werten sei. Insbesondere ging er noch einmal auf das Referat des von MinR Dipl.-Ing. Günter Lampe ein.

U. a. wurden in der konstituierenden Sitzung folgende Punkte behandelt:

1. Für 1985 wurden folgende Sitzungstermine des Bundesvorstandes festgelegt:

08. und 09. März
31. Mai und 01. Juni
06. und 07. September
06. und 07. Dezember

An den vorgenannten Tagen ist der Vorstand unter der Rufnummer (069) 77 30 38 in der Geschäftsstelle zu erreichen.

2. Die Koordinatoren für die Arbeitskreise des Bundesvorstandes wurden eingeteilt:

Arbeitskreis	Koordinator
FeV / Sv / DIV	Dieter Kimminus
FeE	Josef Rieger
MgF/BF/PIF	Hans Maier
Pt (Kr und M)	Klaus-Jürgen Haas
Fus/FeÜ/FuÜ	Jürgen Berger
Laufbahngestaltung	Peter Behrend
DE/DÜ	Reinhold Gering
Marketing	Franz Roschkowski
PIL/BK/BBz	Willi Mager
Versorgung	Karl Fischer
Werbung u. Inform.	Gerhard Huber

3. Für die Behandlung der Anträge des Bundesdelegiertentages 1984 wurde der Kollege Josef Rieger beauftragt.

Er unterrichtet die antragstellenden Bezirke schriftlich über die Ergebnisse.

4. Der Text der nachfolgend aufgeführten Protestresolution des Bundesdelegiertentages wurde an den Bundespostminister und alle Bundestagsfraktionen als Telegramm übermittelt:

“die delegierten des vom 22. - 24. 11. 84 in frankfurtamain tagenden bundesdelegiertentages der vereinigung deutscher fernmeldetechniker post ev protestieren mit nachdruck gegen die am 1. 7. 84 inkraft getretenen abbewertungen der dienstposten (bpm vfg a 1621-6 vom 23. 7. 84). die beschaeftigten des mittleren technischen dienstes bei der dbp sind empoert und verbittert ueber die weiter um sich greifende ungleiche behandlung und bezahlung am arbeitsplatz. weil der beamte des mittleren technischen dienstes mit einkommenseinbussen und schlechteren befoerderungschancen bestraft wird, lehnen aus diesem grunde immer mehr nachwuchskraefte aus dem tarifbereich die uebernahme in das beamtenverhaeltnis ab. damit werden zu einem zeitpunkt wo die dbp neue techniken einfuehrt die berufserwartungen fuer die in diesem bereich beschaeftigten drastisch verschlechtert. die nichtausschoepfung der obergrenzen im gesetzlichen stellenschluessel verstaerkt zusaetzlich diese negative tendenz. angesichts der bereits erbrachten sonderopfer des oeffentlichen dienstes und der damit verbundenen verschlechterung fuer den mittleren technischen dienst bei der dbp, fordern wir die sofortige ruecknahme der abbewertungsmassnahmen.

vdfp bundesvorsitzender peter behrend“

Pressemitteilung zum Bundesdelegiertentag

Zum Bundesdelegiertentag 1984 wurde vom Bundesvorstand eine Presseerklärung abgegeben. Nachstehend geben wir den Text der dpa bekannt:

“Beamtete Techniker der Post protestieren gegen Benachteiligung.

Gegen die Benachteiligung beamteter Fernmeldetechniker des mittleren Dienstes gegenüber den Arbeitern bei der Deutschen Bundespost hat die Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post (VDFP) auf ihrem Bundesdelegiertentag in Frankfurt protestiert. Die Besoldung von Beamten des mittleren technischen Dienstes bei der Bundespost ist nach Darstellung der Organisation bis zu netto DM 350,- niedriger als das Einkommen der gewerblichen Arbeitnehmer mit der gleichen Tätigkeit.

Weil die Beamten in diesem Bereich mit Einkommenseinbußen und schlechteren Beförderungschancen bestraft würden, lehnten immer mehr Nachwuchskräfte die Übernahme in das Beamtenverhältnis ab, heißt es in einer Protestresolution, die 110 Delegierte der Organisation zum Abschluß ihrer Bundestagung am Samstag in Frankfurt verabschiedeten. Die Resolution sei an das Bundespostministerium und die Fraktionen aller im Bundestag vertretenen Parteien gerichtet, teilte ein Sprecher mit. Nach seinen Worten sind rund 10.000 der 50.000 Postbeamten des mittleren technischen Dienstes Mitglieder in der VDFP.

Neuer Bundesvorstand

Zum neuen Bundesvorsitzenden der Vereinigung wurde nach dem Bericht des Sprechers Peter Behrend (Berlin) gewählt, stellvertretende Vorsitzende wurden Franz Roschkowski (Dortmund) und Gerhard Huber (Mannheim).

Der bisherige Bundesvorsitzende Karl Fischer hatte aus Altersgründen nicht wieder kandidiert. Er hatte 17 Jahre lang an der Spitze der Vereinigung gestanden.“

Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU und der SPD haben auf die Protestresolution des Bundesdelegiertentages 1984 nachstehende Antwortschreiben übersandt:

“Im Auftrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion danke ich Ihnen für Ihr Schreiben vom 06. 12. 84. Ihre anliegende Resolution haben wir mit Interesse zur Kenntnis genommen. Wie Sie wissen, setzen wir uns seit langem für eine Lösung der von Ihnen angesprochenen Probleme mit großem Nachdruck ein. Die jetzt laufenden Verhandlungen über den Personalhaushalt der Deutschen Bundespost lassen bereits erkennen, daß diese zu einem für Sie guten Ergebnis führen werden.“

“Die Arbeitsgruppe Post- und Fernmeldewesen der SPD-Bundestagsfraktion lehnt jede Manipulation an der Bewertung der Arbeitsplätze bei der Deutschen Bundespost ab. Grundlagen für die Arbeitsplatzbewertung sind die nach objektiven Maßstäben zustandekommenen Bewertungsmerkmale in den Bewertungskatalogen der Post.

Diese Bewertungen wurden durch analytische Bewertungsverfahren überprüft und bestätigt. Insofern sollten auch die Obergrenzen nach dem Bundesbesoldungsgesetz aus haushaltspolitischen Gründen nicht zu Abbewertungen führen.

Nach unserer Auffassung sind Stellenpuffer im übrigen ein unabdingbares personalwirtschaftliches Mittel. Sie werden für eine flexible Personaleinsatzplanung, für Bewährungen auf hoherwertigen Dienstposten und insbesondere in Phasen der Einführung, neuer, technisch komplizierter Arbeitsabläufe benötigt.

Jede Verschlechterung der beruflichen Perspektiven der bei der DBP Beschäftigten würde die Gefahr mit sich bringen, daß die Motivation zu optimaler Einsatzbereitschaft abnimmt. Wir halten dies weder aus personalfürsorgersischen noch aus unternehmenspolitischen Gründen für vertretbar.“

Aus den Arbeitskreisen: Situationsbericht der Arbeitsgruppe Pt

Seit Jahren führen die Kollegen des posttechnischen Dienstes bei den Ämtern des Post- und Fernmeldewesens der Deutschen Bundespost Klage darüber, daß ihre Beförderungssituation erheblich schlechter ist als die vergleichbarer Beschäftigungsgruppen. Dies drückt sich u. a. darin aus, daß 2/3 der Beschäftigten im MT-Bereich nicht die Möglichkeit haben, in den mittleren technischen Dienst zu kommen. Im posttechnischen Bereich werden von den Kollegen vielseitige und schwierige Aufgaben wahrgenommen, die in anderen Bereichen zur Einordnung in Funktionsgruppen geführt haben.

Die geforderte Vielseitigkeit und die Bedeutung der Posttechnik für die Betriebsgüte, die fortschreitende Rationalisierung des Betriebes, die Energieeinsparung, der Umweltschutz sind wesentliche Voraussetzungen für das gute Betriebsergebnis der Deutschen Bundespost.

Eine optimale Ausnutzung posttechnischer Einrichtungen wurde mit den ArbAnw A und Z eingeleitet. Die Organisationsrichtlinie ist ein weiterer Schritt in diese Richtung.

Neubemessungen aufgrund der Organisationsrichtlinien laufen derzeit bundesweit.

Seit Anfang August '84 wird die Neuordnung der Aufbauorganisation der Dienststellen auf Ämterebene umgesetzt. Das BPM ist der Meinung, daß unter Berücksichtigung örtlicher Gegebenheiten die Einführung nach 1 Jahr abgeschlossen sein muß.

In Bezug auf die Personalpostenbewertung ist derzeit ein erfreulicher Aspekt für die Kollegen im Pt-Bereich zu verzeichnen. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Höherbewertungen auf Amtsebene auswirken. Bemessungsänderungen liegen derzeit im BPM zur Bearbeitung vor. Weitere Anforderungen ergeben sich durch die Struktur in der Posttechnik. Eine Reihe von höherwertigen Aufgaben werden von uns durch BPT-Aufsichtskräfte erledigt.

Nach vorliegenden Informationen soll die erforderliche Vielseitigkeit der Kollegen jetzt berücksichtigt werden, so daß Bewertungsverbesserungen zum tragen kommen.

Die Arbeitsgruppe Pt hat in der Vergangenheit bei ihrer Argumentation immer berücksichtigt, daß ihre Forderungen für den posttechnischen Dienst nicht aus einer allgemeinen schlechten Berufserwartung in der Laufbahngruppe BPT resultieren, sondern aus überholter Aufgabenabgrenzung und mangelhafter Bewertung von Aufgabeninhalten und Verantwortung der Aufgabenträger. Es ist weiterhin ein Gebot der Fairneß positive Entwicklungstendenzen zu erkennen. Es kann und darf nicht entscheidend sein, ob ein Kollege in der Fachrichtung V/T, E/L, Ü/Fu oder Pt tätig ist.

Der Arbeitskreis Pt beim Bundesvorstand appelliert daher an alle Pt-Kollegen in der VDFP, sich in Arbeitskreisen und Vorständen auf Orts-, Bezirks- und Bundesebene durch aktive Mitarbeit für die Belange des mittleren technischen Dienstes einzusetzen.

K. J. Haas

Aus den Bezirken:

Bezirk Nordbaden OV - Mannheim

Am 9. 10. 84 fand die Jahreshauptversammlung in der Kantine des Fernmeldeamtes Mannheim statt.

Der 1. Vorsitzende Karl Seidler begrüßte zu Beginn der Versammlung die Gäste aus dem Baubezirk sowie als Referenten den StV Ö des FA Mannheim, Herrn Gund.

In seinem Referat "Vom analogen Telefonnetz zum integrierenden Breitbandfernmeldenetz" konnte Herr Gund einen umfassenden Überblick über die zukünftigen Vorstellungen der DBP bei der Errichtung des ISDN (Integrated Services-Digital-Network) verschaffen. Im Einzelnen erläuterte Herr Gund u. a. die Punkte:

- Individualkommunikation: Fernsprechen, IDN
- Massenkommunikation: Tonrundfunk, Fernsehnetz
- Ausstattung privater Haushalte, z. Z. 88,1 % Telefon, 93,8 % TV
- Die höchsten Investitionen werden im Fernmeldenetz beim Orts- und Fernkabel vorgenommen.
- Für den neuen Dienst "Telebox" befindet sich ein "Knoten" beim FA Mannheim

- Die Anzahl des Btx Rechners (mit einer Kapazität von 60.000 Seiten) wird in Mannheim 1985 um vier erweitert.

Die DBP realisiert z. Z. ihre Fernmeldedienstangebote über verschiedene Netze, welche einen Mehraufwand für Entwicklung, Planung, Technik und Betrieb darstellen.

Aus diesem Grund versucht die DBP möglichst alle Fernmeldedienste in einem einheitlichen Netz zusammenzufassen. Der erste Schritt auf diesem Wege war die Zusammenfassung der Teilnetze für Telex, Teletex und Datenübertragung. Die Entscheidung, das Fernmeldenetz zu digitalisieren, führt logischerweise zur Schaffung des ISDN.

Das Referat wurde von den Anwesenden sehr positiv aufgenommen.

Im weiteren Verlauf der Versammlung trug der Vorsitzende K. Seidler den Geschäftsbericht für den Berichtszeitraum vor.



Herr Gund, FA Mannheim, bei seinem Vortrag

OV - Heidelberg

Die Jahreshauptversammlung 1984 fand am 3. 10. 84 in Neckargemünd statt. Der 1. Vorsitzende Harald Pfleger konnte als Gäste den Vorsitzenden der BzV Nordbaden, Karl Seidler und das Bundesvorstandsmitglied Gerhard Huber begrüßen.

In seinem Geschäftsbericht trug H. Pfleger die Aktivitäten des OV-Vorstandes vor.

Als Ziel für das nächste Geschäftsjahr wünschte sich K. Seidler weiterhin eine gute Zusammenarbeit des Bezirks mit den Ortsvereinigungen Heidelberg und Mannheim. Durch die künftige Durchführung von Betriebsbesichtigungen und Veranstaltungen über neue Techniken wird für die VDFP geworben.

Über die Themen "Einsparungsmaßnahmen ab 01. 07. 84" und "optimalere Verteilung der Fortbildungslehrgänge bzw. Lehrgangsplätze für den BFT-Dienst" fand eine rege Diskussion statt.

Kollege Frieder Kegel von der DSt DE ging in einem Kurzvortrag auf die Auswirkungen der neuen Techniken im Bereich seiner DSt ein:

“Der plötzliche Wechsel der mechanischen zur digitalen Technik hat nicht nur für die DSt DE, sondern auch für die DSt FeV (bei Einführung DIV) starke Auswirkungen.“ Weiter erläuterte Kegel die Vorteile und Einsatzmöglichkeiten der Glasfaser im Bereich der Fernmeldetechnik

Anschließend sprach Kollege G. Huber über die einschneidenden Auswirkungen der neuen Techniken für den BfT-Dienst. In der “Einschwingphase” werden mehr CFt- als BfT-Kräfte zum Einsatz kommen, später soll das Verhältnis 1 : 1 sein. Einzelne Tätigkeiten werden durch Kürzungen allmählich an die verminderten Tätigkeiten in der neuen Technik angepaßt. Weiter sprach G. Huber über die mit nicht übernahmewilligen Arbeitern besetzten Dienstposten. Im Jahr 1984 haben wiederum 550 Fernmeldehandwerker die Übernahme ins Beamtenverhältnis verweigert. Bisher sind es 2750 Dp bundesweit. Dieser Nachteil für die Beamten muß aufgehoben werden. Die VDFP-Forderung “Einstieg des mittleren technischen Dienstes bei A 7” hat hiermit ihre Begründung.

Am 25. 10. 84 fand in der Kantine der Berufsbildungsstelle des FA Heidelberg eine Informations- und Demonstrationsveranstaltung über “Künftige Glasfasertechnologie (BIGFON) und Bildschirmtext (Btx)” statt.

Bezirk Südbayern

Am 05. Juli 1984 fand im Vereinsrestaurant des PSV München der Bezirksdelegiertentag '84 der VDFP-Bezirksvereinigung Südbayern statt.

In seiner Begrüßung stellte der 1. Vorsitzende Hans Fleischer mit Freude fest, daß die große Anzahl der Delegierten aus dem ganzen OPD-Bezirk München doch auf entsprechendes Interesse an der mittleren technischen Laufbahn schließen lasse..

Als Gäste konnte Fleischer den Bundesvorsitzenden Karl Fischer und den Referatsleiter 21 A der OPD München, Herrn OPDir Schorer, begrüßen.

Bundesvorsitzender Fischer schilderte in seinem Referat die Effektivität der VDFP. Er stellte ihre Erfolge für die Laufbahn des mittleren technischen Dienstes heraus und erläuterte die Notwendigkeit dieser Berufsgruppenvertretung. Eine der wichtigsten Aufgaben sei z. Zt., eine entsprechende personelle Beteiligung des mittleren technischen Dienstes bei der Einführung neuer Techniken zu erreichen. Hier konnten bereits erste Erfolge erzielt werden.

OPDir Schorer erläuterte die Auswirkungen von Rationalisierungsmaßnahmen auf den mittleren technischen Dienst. Er erklärte, daß für die nächsten zehn Jahre noch ein jährlicher Zuwachs von etwa 60 Personalposten zu erwarten sei. Dies werde sich jedoch spätestens dann ändern, wenn neue Techniken nicht mehr nur zu Erweiterungen, sondern als Ersatz für herkömmliche Techniken verwendet werden.

Die Neuwahlen des Bezirksvorstandes brachten folgendes Ergebnis:

1. Vorsitzender	Hans Fleischer	FA Traunstein
Stellv.		
Vorsitzender	Harro Enzensberger	FA Kempten
Stellv.		
Vorsitzender	Josef Hebauer	FA 5 München

1. Schriftführer	Johann Stadler	FA Traunstein
Stellv.		
Schriftführer	Franz Höllmüller	FA Traunstein
1. Kassierer	Horst Matauschek	FA Traunstein
Stellv.		
Kassierer	Friedbert Müller	FA 2 München

Bezirk Rhein-Ruhr

Von der Jahreshauptversammlung der Bezirksvereinigung Rhein-Ruhr wurde der seitherige 1. Vorsitzende, Herbert Dissen, erneut in seinem Amt bestätigt.

“Glasfaserkabel, digitale Fernsprechapparate, Modems für Breitbandkommunikationen, programmierte Nebenstellenanlagen, Datenperipheriegeräte, zwingen zu einer besseren Ausbildung des mittleren technischen Dienstes“, sagte der wiedergewählte Vorsitzende Dissen. Durch eine funktionsgerechte Bemessung und Bewertung mit entsprechender Laufbahngestaltung müßten die höheren Anforderungen entsprechend honoriert werden. Kein Verständnis habe man, wenn bei den größeren Anforderungen durch die neuen Techniken die Berufserwartungen durch Verschlechterungen in Form von Abbewertungen erheblich verringert werden.

Bei der Einführung neuer Dienste müsse der mittlere technische Dienst besser beteiligt werden. Die Forderung einer Technikerlaufbahn und eine wesentliche Vermehrung des Angebotes an Fortbildung, sind die wesentlichen Zielsetzungen der Vereinigung.

Der Vorsitzende des Bezirkspersonalrates bei der Oberpostdirektion Düsseldorf, Heinz Günther Schäder, bemängelte in seinem Referat die zur Zeit laufenden Abbewertungen bei der DBP. Dies sei keine Lösung und würde zu einer weiteren Verschlechterung der Laufbahnsituation führen.

Leserbrief

zum Antwortschreiben des Staatssekretärs im Bundesinnenministerium Franz Kroppenstedt in den VDFP-Nachrichten, Ausgabe 4/84

Ich gebe Staatssekretär Franz Kroppenstedt recht, wenn er in seiner Stellungnahme schreibt, daß er die Enttäuschung der Versorgungsempfänger zur Neuregelung des § 55 Beamtenversorgungsgesetz verstehen kann.

Wir Versorgungsempfänger sind enttäuscht darüber, daß wir keine Versorgungsgerechtigkeit beim Zusammentreffen von Ruhegehalt und Rente und beim Zusammentreffen von Ruhegehalt und Zusatzversorgung erkennen können.

Dem Gesetzgeber scheint es wichtig zu sein, daß bei der Neuregelung die Gesamtversorgung eines Versorgungsempfängers mit Rente die Versorgung eines “Nur-Beamten” nicht übersteigt. Hierbei beruft man sich – bei Beamten – auf das Alimentationsprinzip. Damit rückt die „ratio“ des Alimentationsgrundsatzes in den Mittelpunkt. Sie kann nur aus dem Gesamtzusammenhang der Beziehungen abgeleitet werden, die Dienstherren und Beamten verbindet.

Unberücksichtigt geblieben ist die Mehrgleisigkeit der Alterssicherung an sich. Mehrgleisigkeit der Alterssicherung tritt in zahlreichen Varianten in der Privatwirtschaft wie auch im öffentlichen Dienst noch heute auf. Man denke z. B. an die regelmäßig tariflich vereinbarte Zusatzversorgung der öffentlichen Arbeitnehmer.

Der Arbeitnehmer – Nur-Rentner – nimmt seine gesamten versicherungspflichtigen Berufsjahre (Anzahl der Versiche-

rungskarten) als Berechnungsgrundlage mit in den Ruhestand, der Beamte dagegen höchstens die 35-ruhegehaltstfähigen Dienstjahre. Das 36. bis 50. ruhegehaltstfähige Dienstjahr wird „unter den Tisch gefegt.“

Kommt ein Beamter nach 35 ruhegehaltstfähigen Dienstjahren noch zu einer versicherungspflichtigen Tätigkeit, verringert sich sein Ruhegehalt um die daraus erzielte Rente.

War ein Beamter vor seinen 35 ruhegehaltstfähigen Dienstjahren versicherungspflichtig beschäftigt und erhält ggf. auf Grund von Ausfall- und Ersatzzeiten eine Arbeitsunfähigkeitsrente, verringert sich sein Ruhegehalt um den Betrag der Rente.

Die Überversorgung bei Arbeitnehmern wird geduldet, die Doppelversorgung bei Beamten nicht. Dabei fehlt für das Schlagwort „Doppelversorgung“ noch immer die Differenzierung.

Hinzu kommt, daß das 2. Haushaltsstrukturgesetz auch solche Beamte nachträglich in die Regelung des § 55 Beamtenversorgungsgesetz einbezieht, die vor dem 31. 12. 1965 in den Dienstgetreten sind.

Horst Zander

Was ist das eigentlich – Bemessung und Bewertung?

Was also ist zu tun?

Was sollte man als BfT-Mann in Sachen ApN und drumherum tun? Vorläufer der Bemessung ist die Arbeitsorganisation, Vorläufer des Bemessungswertes die Arbeitsuntersuchung. Man besorge sich die Arbeitsorganisationsrichtlinie (ArbOrg) seiner DSt. (Für einige wenige DSt gibt es noch keine.) Es ist zu untersuchen, ob die Tätigkeiten, die man ausübt, auch mit dieser Richtlinie übereinstimmen. Die Ergebnisse können regional verschieden sein.

Man sollte achten auf: Ausgeübte Tätigkeiten, die anderen Kräftegruppen oder anderen Laufbahnen zugeordnet sind; Arbeitsabläufe, die nicht dem in der ArbOrg vorgezeichneten Ablauf entsprechen. Festgestellte Abweichungen gehören unbedingt den entsprechenden technischen Ausschüssen unserer Vereinigung zur Kenntnis gebracht.

Arbeitsuntersucher erscheinen nicht bei allen Ämtern. Sie ermitteln mit der Stoppuhr für die Aufgabenerledigung benötigte Zeiten, blättern in Störungsaufzeichnungen etc. Man sollte nicht unbedingt seine Ehre darin sehen, bei einer solchen Zeitnahmeprozedur alle Zeitrekorde zu brechen. Man arbeite normal, wie sonst auch, und weise den Arbeitsuntersucher darauf hin, daß diese Arbeit auch von Kollegen gemacht wird, die noch keine auf langjährige Erfahrung gründende Routine haben. Weisen Sie darauf hin, daß die gestoppte Arbeit an anderer Stelle länger dauern kann, etwa weil die Geräte dort ungünstiger zugänglich sind und dergleichen.

Informieren Sie die zuständigen Gremien unserer Vereinigung über die Untersuchung. Ein zeitiges Eingreifen unserer Vereinigung ist abhängig davon, daß entsprechende Vorgänge unseren Gremien rechtzeitig und bundesweit zur Kenntnis gelangen!

Der ApN wird von der Dienststelle aufgestellt. Bieten Sie Ihre Mitarbeit an. Nutzen Sie dabei aus, daß in Ihrer Nähe sicherlich ein Experte sitzt, der Ihnen Hilfestellung geben kann. Die Orts- und Bezirksvorstände können Ihnen solche Leute benennen. Bieten Sie prall gefüllte Störungsnachweise an, das heißt, halten Sie entgegen Ihrer Techniker-natur jede Störung schriftlich fest. Wer schreibt, der bleibt.

Man sagt Ihnen sicher, daß in jedem ApN noch eine Menge Luft ist, besonders, wenn Sie die berühmten Sondergeschäfte mit einbringen wollen, die Ihnen zusätzlich aufgehalst werden. Da ist erfahrungsgemäß, wenn überhaupt, dann nur mit präzisen Unterlagen etwas zu machen. Solche sollte man sich zulegen, man kann dann zumindest seinen Enkelkindern später präzise erklären, was man früher so alles gearbeitet hat.

Richten Sie Ihr Augenmerk aber auf die Nebenzeiten, wie Fahrzeiten etc. Durch den heutigen Verkehr können hier zum Beispiel starke regionale Unterschiede auftreten. Schließlich sind die BfT-Leute gestandene Mannsbilder, die schon in der Lage sind, sich über ihre Arbeit auch nicht-technische Gedanken zu machen.

(wird fortgesetzt)

Erwin Rathgeb, OV Ulm

Einstieg in den mittleren technischen Dienst bei A 6

Auf Antrag des BPM hat der Bundespersonalausschuß vorerst für zwei Jahre beschlossen, den Einstieg in den mittleren technischen Dienst mit der Besoldungsgruppe A 6 zu ermöglichen. Dies bedeutet, daß alle Handwerker nach bestandener Laufbahnprüfung als TFS/TPS in den mittleren technischen Dienst übernommen werden. Vorhandene TFAss/TPAss werden umgehend zum TFS/TPS befördert.

Somit ist eine Forderung der VDFP vom Bundesdelegiertentag 1978 erfüllt worden. (siehe VDFP-Nachrichten 5/78)

Herausgeber: Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V. – Der Bundesvorstand – Postfach 4524, 6000 Frankfurt/Main 1
Verlag: Eifert Druck und Verlag GmbH, Postfach 2233, 7768 Stockach 1, Telefon: 07771/1591
Bezugspreis: DM 1,60 – für die Mitglieder durch den Beitrag abgegolten. Die Zeitung erscheint vierteljährlich.

Verantwortliche Redakteure:

Waldemar Hörle, 6000 Frankfurt, Tel.: privat (069) 571655, dienstlich (06196) 4782751; Werner Zok, 5600 Wuppertal 1, Tel.: priv. (0202) 752851, dienstlich (0211) 4490751; Kurt Wetzlar, 6000 Frankfurt, Tel.: (069) 7382860, Mo. u. Mi. bis Fr., v. 9.00 bis 10.00.
Gezeichnete und übernommene Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der VDFP oder der Redaktion dar.

☆ **Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe ist der 10. 03. 1985** ☆



Nachrichten

Mitteilungsblatt der Vereinigung

Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V.

Ausgabe 2 / 1985

20. Jahrgang

Einstieg in den mittleren technischen Dienst bei A 6 Ein Erfolg der VDFP:

Seite 2

**Beamten dienstposten
sind mit Beamten
zu besetzen**

Seite 2

**Beförderungen
nach A 9 Z**

Seite 2

**Wiederherstellung
der Anordnung des
Petitionsausschusses
des Deutschen
Bundestages**

Seite 2

**Aus den
Arbeitskreisen**

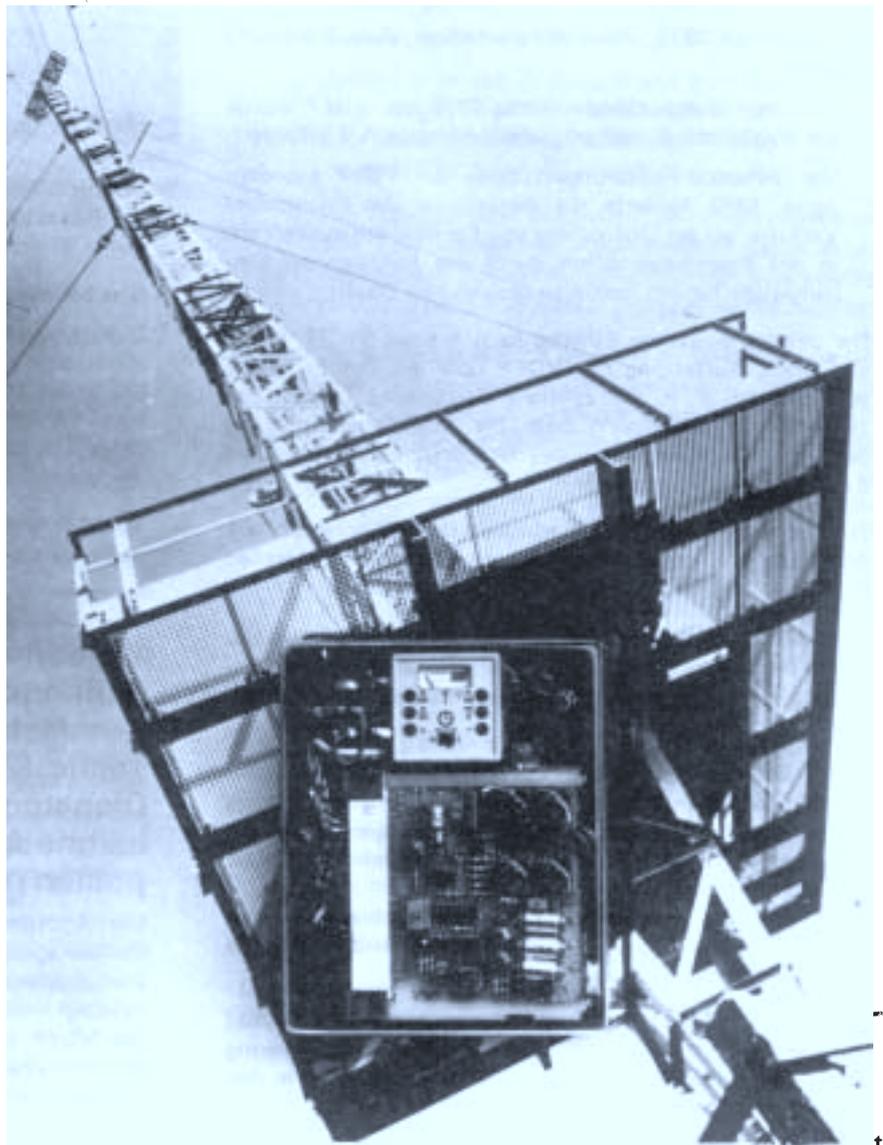
Seite 3

**Aus den
Bezirken**

Seite 4

**Was ist das
eigentlich ?
Bemessung und
Bewertung
(Schlußbetrachtung)**

Seite 5



Die Sommerzeit kommt automatisch

Die Umstellung der Uhren von Normal- auf Sommerzeit am 31. 03. 1985 wird weitgehend automatisch vor sich gehen.

Inzwischen sind nämlich Stelleinrichtungen auf dem Markt, die Uhrenanlagen mitsamt den angeschlossenen Nebenuhren durch Knopfdruck, Elektronik-Signal oder per Funk auf den neuen Zeittakt einstellen. Die funkregulierte Stelleinrichtung (unser Bild) empfängt die "richtige Zeit" drahtlos über den Zeitzeichensender DCF 77 in Mainflingen, der wiederum von der Atomuhr der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) in Braunschweig automatisch mit genauen Zeitmarken versorgt wird.

Einstieg für den mittleren technischen Dienst bei A 6 – ein Erfolg der VDFP:

Mit BPMVfg 313a A 6525-2 vom 17. 12. 84 wurde die Regelung des Bundespersonalausschusses bekanntgegeben, wonach die Nachwuchskräfte des mittleren technischen Dienstes künftig mit der Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe in einem Amt der Besoldungsgruppe A 6 (TFS/TPS) angestellt werden.

Diese Regelung gilt als Ausnahmegewilligung bis 31. 12. 86. Darüber hinaus werden die vorhandenen Beamten des mittleren technischen Dienstes der Besoldungsgruppe A 5 in die Besoldungsgruppe A 6 übergeleitet.

Hierdurch wird eine jahrelange Forderung der VDFP nach einer Verbesserung des Einstieges für Nachwuchskräfte realisiert.

Wir haben seit 1978, allein und wiederholt, diese Forderung gestellt:

Auf dem **Bundesdelegiertentag 1978** der VDFP wurde der Wegfall der Eingangsbesoldungsgruppe A 5 gefordert.

Der **9-Punkte-Forderungs-Katalog** der VDFP aus dem Jahre 1983 forderte die Beseitigung der finanziellen Verluste bei der Übernahme von Fernmeldehandwerkern in das Beamtenverhältnis durch das Anheben der Eingangsstufe für den mittleren technischen Dienst.

Der zeitlich begrenzte Einstieg nach A 6 bis 31. 12. 86 ist aber nach Auffassung der VDFP über das Datum hinaus auszudehnen, d. h. die zeitliche Begrenzung ist über das Jahr 1986 zu verlängern, bzw. die Ausnahmegewilligung des Bundespersonalausschusses ist durch einen generellen Einstieg in A 6 umzuwandeln.

Wir haben deshalb das BPM mit nachstehend aufgeführtem Schreiben um eine Lösung gebeten, die einen generellen Einstieg in die Besoldungsgruppe A 6 ermöglicht.

“Mit BPMVfg 313a A 6825-2 vom 17. 12. 84 haben Sie die zeitliche Begrenzung bis zum 31. 12. 86 für den Einstieg in die Laufbahn BfT/BPt mit der Besoldungsgruppe A 6 bekanntgegeben.

Als Bundesvorstand der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e. V. betrachten wir diese Lösung als einen ersten Schritt auf dem richtigen Wege, die Eingangsbesoldung für den mittleren technischen Dienst neu zu formieren.

Wir sehen hiermit, daß der Punkt 4 unseres 9-Punkte-Forderungskataloges aus dem Jahre 1983 teilweise erfüllt wurde, wofür wir uns bedanken.

Die Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e. V. ist der Auffassung, daß die zeitliche Begrenzung für den Einstieg mit der Besoldungsgruppe A 6 in den mittleren technischen Dienst über dieses Datum hinaus ausgedehnt werden muß.

Wir bitten Sie daher um die Schaffung einer Lösung, die einen Regeleinstieg für den mittleren technischen Dienst in der Besoldungsgruppe A 6 ermöglicht.“

Beamtendienstposten sind mit Beamten zu besetzen

In einem süddeutschen Fernmeldeamt wurde ein Dienstposten A 7 / BfT mit einem Fernmeldehandwerker **ohne** Laufbahnbefähigung besetzt.

Die VDFP hatte deshalb gegen eine solche Maßnahme mit Erfolg beim BPM protestiert. Der Beamtendienstposten wurde daraufhin laufbahngerecht mit einem BfT-Beamten besetzt.

Hierzu traf das BPM folgende Feststellung:

“... künftig (ist) bei Entscheidungen über die Besetzung von BfT-Dienstposten auch der Funktionsvorbehalt des Artikels 33 Absatz 4, des Grundgesetzes zu berücksichtigen, wonach Beamtenpersonalposten in der Regel mit Beamten zu besetzen sind.“

Die zuständige OPD wurde vom BPM dementsprechend angewiesen, in ähnlichen Fällen entsprechend zu verfahren.

Sollten in den Orts- oder Bezirksvereinigungen Fälle bekannt werden, bei denen Beamtendienstposten mit Fernmeldehandwerkern ohne Laufbahnbefähigung besetzt werden, bitten wir, den Bundesvorstand zu informieren.

Beförderungen nach A 9 Z

Mit den Dienstpostenabbewertungen vom 01. 07. 1984 sind die Bewertungen A 9 Z weggefallen und durch die allgemeine Bewertung A 9 ersetzt worden.

Dies bedeutet:

Die Zulagenregelung A 9 Z wird durch die Dienstpostenabbewertung **nicht** berührt.

Die bisherigen Dienstposteninhaber A 9 Z werden künftig noch im Rahmen der Planstellenzuweisungen nach A 9 Z befördert; sie erhalten jedoch den Zusatz “ku” = künftig umzuwandeln.

Mit der Freisetzung des Dienstpostens wird dieser wieder nach A 9 bewertet.

Wiederherstellung der Anordnung des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages vom 24. 3. 1977, Drucksache 8/202, lfd. Nr. 184, wonach 506 Dienstposten des Cft-Dienstes im Verhältnis A 8 : A 9 = 20 : 80 in BfT-Dienstposten umzuwandeln sind.

Die Anordnung des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages wurde durch die Herausgabe des neuen Bewertungskataloges für die Ämter des Fernmeldewesens beseitigt.

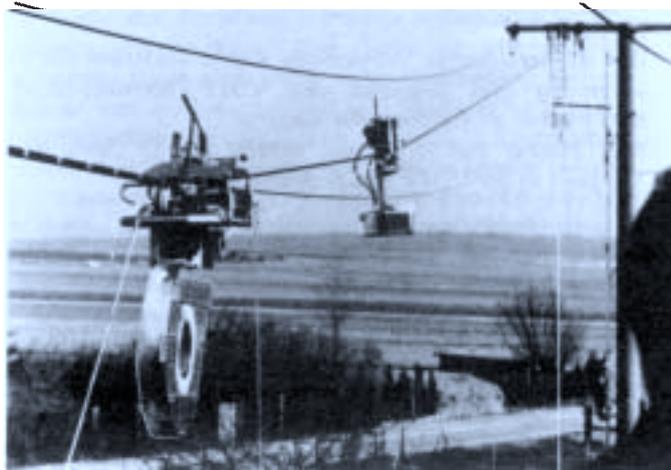
Die VDFP beschwerte sich beim Petitionsausschuß insbesondere über die Ablösung von BfT-Beamten, die auf Dienstposten der Eingangsämter des Cft-Dienstes beschäftigt waren. Hiervon waren ca. 500 Dienstposten betroffen.

Die VDFP ist der Auffassung, daß diese 500 Dienstposten nach wie vor dem BfT-Dienst zuzuordnen sind.

Der Bundesvorstand hat sich deshalb erneut an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages gewandt und darum gebeten, den mit der Herausgabe des Bewertungskataloges für die Ämter des Fernmeldewesens vom 01. 02. 82 aufgehobenen Beschluß wieder in Kraft zu setzen.

Nach unseren Informationen prüft der Petitionsausschuß zur Zeit unser Anliegen, wir werden über das Ergebnis in den VDFP-Nachrichten berichten.

Für die Verlegung von Lichtwellenleiterkabeln entlang von Hoch- und Mittelspannungsleitungen entwickelte Siemens eine spezielle Anschellmaschine. Unser Bild zeigt deren deutsche Premiere an einer 20 kV-Mittelspannungsstrecke.



Siemens-Pressbild

Aus den Arbeitskreisen: Arbeitskreis Versorgung

Anfragen aus unseren Mitgliederzeilen haben uns veranlaßt, über die Auszahlung der Sonderzuwendungen (auch 13. Versorgungsbezüge bzw. Weihnachtsgeld genannt) eine Anfrage an das BPM zu stellen.

Das BPM hat hierzu am 07. 02. 1985 folgendes geantwortet:

“Die Sonderzuwendung steht auch den Versorgungsempfängern, die eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen, grundsätzlich in Höhe des ungekürzten Ruhegehaltes zu.

Bei Anwendung des § 55 BeamtVG (Ruhestandsregelung wegen des Bezuges von Renten) wird im Dezember die Rente von der Summe aus ungekürztem Ruhegehalt und Sonderzuwendung abgezogen. Diese Regelung führt nur in den seltenen Fällen zur Zahlung eines geringeren Betrages als der vollen Sonderzuwendung, wenn die Rente höher ist als das Ruhegehalt.

Nach den vorstehend genannten Grundsätzen wird die Ruhestandsregelung gemäß § 55 BeamtVG für die Versorgungsempfänger der Deutschen Bundespost in fast allen Fällen vollmaschinell vorgenommen, so daß die von Ihnen befürchteten Fehler kaum vorkommen können. Sollte im Einzelfall dennoch eine unrichtige Berechnung festgestellt werden, bitte ich um entsprechende Mitteilung.“

Bei fehlerhafter Berechnung der Sonderzuwendung bitten wir die Betroffenen, sich an ihr zuständiges Betreuungsamt zu wenden.

Fi/KI

Arbeitskreis FeÜ, FuÜ und Fus

Interessierte Kollegen, die im oben genannten Arbeitskreis mitarbeiten möchten, werden gebeten, sich mit dem Koordinator Jürgen Berger, Dürerstr. 30, 6901 Wiesenbach/Heidel-

berg, Telefon (06223) 4 60 60, oder Dienstrufnummer (06221) 55-3536 in Verbindung zu setzen.

Arbeitskreis FeE

Am 04. 01. 1985 tagte der Arbeitskreis FeE im Tagungsraum der Geschäftsstelle des Bundesvorstandes.

Das Ergebnis der Arbeitstagung bildete die Grundlage für das nachfolgend aufgeführte Schreiben an das BPM:

“Nach intensiver Auseinandersetzung mit der Neubemessung FeE sind wir der Meinung, daß hier einige Korrekturen nötig sind:

- 1. Uns erscheint bedenklich, daß im Abschnitt 6.1.b. laut vorliegender ArbOrg die Sprechstellenentstörer, Nebenstellenentstörer und Einsatzplätze nicht berücksichtigt worden sind.*
- 2. Bei 6.1.d ist der Zeiteinsatz von 1,33 Std/W zu gering. Wegen Außerbetriebnahmen, Zieländerungen und anderen anfallenden Arbeiten halten wir einen Ansatz von 2,5 Std. für realistisch.*
- 3. Wir konnten nicht feststellen, inwieweit Abnahmen und Übernahmen von Nebenstellen-Anlagen in der allgemeinen Bemessung berücksichtigt sind und somit auch bei 6.1 in Ansatz gebracht werden müßten.*
- 4. Im Abschnitt 6.2.2.2 ist nicht zu verstehen, warum beim Gruppenleiter A die Wegeleistung Zeile 7 nicht mit Zeile 6 gekoppelt wurde. Nach unserer Meinung müßten diese acht Stunden mit in Ansatz gebracht werden. Darüber hinaus sind die Aufsichten zu knapp bemessen, da mit Sicherheit durch Kürzungen im C-Bereich Aufgaben dieser Gruppe vermehrt auf die Aufsichten übertragen werden.*
- 5. Der in Beilage 6, Zeile 22 in Ansatz gebrachte Zeitwert ist zu gering, da für TÜp und Funktionsprüfung drei Stunden jährlich benötigt werden.*
- 6. Zum Bereich 6.2.2.6 stellt sich die Frage, mit welcher Begründung bei der lfd. Nr. 20 und 21 moderne Anlagen nur mit der halben Bezugseinheit erfaßt werden. Die Praxis hat gezeigt, daß der Wartungsaufwand der elektronischen Anlagen höher ist als der herkömmlicher Systeme. Dies ist bedingt durch Höherempfindlichkeit bei Stromschwankungen, Spannungsspitzen, Netzausfällen, Änderung des Softwarestandes usw.*

Dies alles ist nur ein Teil der Mängel, die wir festgestellt haben und die im Interesse eines guten Kundendienstes und dem Image der DBP zuliebe behoben werden sollten.

Wir hoffen, daß im Interesse der Allgemeinheit unsere berechtigten Änderungen in die Neubemessung mit eingearbeitet werden.

In Zeiten so großer Arbeitslosigkeit ist es uns unverständlich, daß wir fast monatlich Listen bekommen, in denen von Lieferschwierigkeiten die Rede ist. Wo bleibt da der gute Kundendienst!

Dasselbe gilt auch für so manche unverständliche Kürzung im Personalbereich. Wenn wir heute am Nachwuchs sparen, haben wir morgen keine Fachkräfte mehr.“

Bis zu 130 Nebenuhren versorgt die neue mikroprozessor-gesteuerte Hauptuhr HU 104 von Siemens mit der genauen Zeit. Nach eventuellen Störungen in der Nebenuhrlinie kann sie per Knopfdruck die Nebenuhren automatisch auf die gesetzliche Zeit nachführen. Die HU 104 wertet die Zeitlegramme des deutschen Zeitzeichensenders DCF 77 mit Uhrzeit, Datum und Wochentag ständig und komplett aus.



Siemens-Pressbild

Arbeitskreis Laufbahngestaltung

Am 22. und 23. Februar 1985 tagte in der VDFP-Geschäftsstelle in Frankfurt der Arbeitskreis Laufbahngestaltung.

Die anwesenden Teilnehmer trugen ihre Vorstellungen zu den Problemen vor. Diese reichten von der Einführung von Techniker-Schulen bei der DBP (Abschluß staatl. geprüfter Techniker) bis zur einfachen Veränderung der jetzigen Ausbildungsform mit der Findung einer neuen Berufsbezeichnung.

In der Diskussion über die einzelnen Vorstellungen wurde klar, daß wir ein Konzept erarbeiten müssen, das mittel- wie auch langfristig für die Arbeit der VDFP in der Frage der Laufbahnausbildung und Laufbahngestaltung als Grundlage dienen kann.

Für die endgültige Form unseres Konzeptes ist es sinnvoll, während der Entwicklungsphase eine Tagung des Arbeitskreises zusammen mit Vertretern einer Fernmeldeschule abzuhalten.

P.B.

— — —

Aus den Bezirken:

Bezirk Nürnberg

Die Jahreshauptversammlung der Bezirksvereinigung Nürnberg fand am 01. 12. 1984 in der Kantine des FA 2 Nürnberg statt.

Der stellvertretende Vorsitzende Kohler eröffnete die Versammlung und begrüßte den VDFP-Ehrenvorsitzenden Karl Fischer als Referent der Tagung.

Karl Fischer ließ in seinem Referat die 27 Jahre seine Tätigkeit in der VDFP Revue passieren.

Unsere langjährigen Bezirksvorsitzenden Franz Lankes verabschiedeten wir mit einem Geschenk in seinen wohlverdienten Ruhestand. Er wurde einstimmig zum Ehrenvorsitzenden mit Sitz und Stimme im Bezirksvorstand ernannt.

Die Neuwahl des Bezirksvorstandes ergab folgende Zusammensetzung:

Emanuel Kohler	1. Vorsitzender
Peter Neher	2. Vorsitzender
Adalbert Jakob	3. Vorsitzender
Walter Mathes	1. Schriftführer
Josef Mayer	2. Schriftführer
Erich Beer	1. Kassier
Rainer Liedel	2. Kassier
Dieter Hildner	Beisitzer

Es wurde einstimmig beschlossen, künftig die Bezeichnung

— **Bezirksvereinigung Franken** —

zu führen, weil neben dem Großraum Nürnberg auch die Bereiche Würzburg, Bayreuth, Bad Kissingen, Bamberg usw. repräsentiert werden.

★ ★ ★

Bezirk Nordbaden OV - Heidelberg



Foto: Lesch

Noch vor Jahresabschluß 1984 konnte die **VDFP-Ortsvereinigung Heidelberg** das 100. Mitglied begrüßen.

Auf dem Bild sehen wir (von links nach rechts) den 2. Vorsitzenden R. Liebig, das 100. Mitglied Kollege Erwin Becker und den Vorsitzenden der Ortsvereinigung Harald Pflieger.

— — —

Was ist das eigentlich – Bemessung und Bewertung? (Schlußbetrachtung)

Zusammenfassend wäre zur Bemessung zu sagen:

Die Abkehr von der Beobachtung als Grundlage der Bemessung hin zur Berechnung brachte sicher eine Vereinheitlichung, nimmt aber keine Rücksicht auf regionale Verhältnisse. Diese sind sicher sehr verschieden, aus der Mentalität von Führungskräften und Personal heraus, aus den landschaftlichen Verhältnissen heraus (Ballungsgebiet – schwach besiedeltes Gebiet, Flachland – bergige Gegend z. B.). Weiter entsteht durch Berechnung immer eine gewisse Starre des Systems, weil Änderungen und Neuheiten an Arbeitsabläufen und Geräten nicht in angemessener Zeit zur Änderung der Bemessungswerte führen.

Dies wird verstärkt dadurch, daß sich der ApN zumeist nur auf die Verhältnisse zum Zeitpunkt seiner Erstellung bezieht. Eigentlich sollte jede Arbeit anordnende Verfügung auch den erforderlichen Zeitanatz enthalten. Hier wird vielfach mit der "Luft" besänftigt, die in jedem ApN sei. Wir sollten die Mühe nicht scheuen, die in diese "Luft" gedrängten Tätigkeiten zeitlich festzuhalten und zu prüfen, ob die "Luft" ausreicht.

Weiterhin ist nicht jede Tätigkeit durch Bemessungswerte so erfaßbar, daß die Ausschläge des Istwertes die Toleranz des Bemessungswertes nicht allzuoft überschreiten. Sondererhebungen, Sonderaktionen, die fast in jedem Jahr geboren werden, können nach Beobachtung eingerechnet werden, wenn sie nachweisbar sind. Dazu muß die Zeit dafür festgehalten werden, wenn es sein muß auch statistisch.

Nun ist die Bemessung und die Bemessungswerte nur die eine Seite im ApN. Auch die andere Seite, die Bewertung empfiehlt sich unserer Aufmerksamkeit.

Dienstpostenbewertung ist die Zuordnung von dienstlichen Tätigkeiten bzw. Tätigkeitsgruppen (kurz gesagt der Dienstposten) zu einer bestimmten Besoldungs-, Vergütungs- oder Lohngruppe.

In den ursprünglichen Besoldungsordnungen wurde der Charakter der Besoldung als Unterhaltsrente besonders betont. Das hat auch heute noch die praktische Auswirkung, daß eine Besoldungserhöhung nicht Gegenstand von Tarifverhandlungen mit dem BPM sein kann, sondern vom Bundestag beschlossen werden muß. Zu deutsch: Der Vorstand (Minister) des größten Dienstleistungsunternehmens in Deutschland (so liest sich das immer in der ZPF etc.) kann nicht die Gehälter seiner Mitarbeiter bestimmen, das tun Abgeordnete des Bundestages nach ihrem politischen Willen. Die Besoldung war hauptsächlich auf die Vor- und Ausbildung des Beamten abgestellt und damit für eine Bewertung der tatsächlich ausgeübten Tätigkeiten eigentlich kein zwingender Grund vorhanden.

In der freien Wirtschaft bestand hinsichtlich des Lohnes früher eine Dreiteilung in ungelernete, angelehrte und gelernte Arbeiter. Die fortschreitende Technisierung mit ihren differenzierten Anforderungen an den Arbeitenden änderte bald diese Grundsätze, da die bloße Dreiteilung keine gerechten Löhne mehr zuließ. Das Leistungsprinzip beeinflusste stark die Entwicklung zum heutigen System der Lohnstarife, das eine außerordentliche Feinaufteilung aufweist. Grundlage ist eine analytische Arbeitsbewertung, d. h., die Tätigkeiten am Arbeitsplatz werden bis ins Detail analysiert und eine Gewichtung vorgenommen. Diese Ermittlung der Anforderungen, die ein Arbeitsplatz an den Arbeitenden stellt und die letztlich die Bezahlung be-

stimmt, wurde bis heute sehr verfeinert und besitzt ein hohes Maß an Transparenz.

Auch im öffentlichen Dienst gewann der Leistungsgedanke an Boden (zumindest in den Sprachregelungen), er ist jedoch bis heute nur in sehr unzureichender Form verwirklicht. Immerhin wurden mit den Jahren Bewertungsrichtlinien erstellt (diese sind bei den einzelnen Verwaltungen unterschiedlich), es wurde sogar das analytische Arbeitsbewertungsverfahren erwogen, aber nicht eingeführt. Noch immer aber werden gleichwertige Tätigkeiten nicht gleich hoch besoldet, die Zahl der Stufen (Beförderungsstellen) nicht nach der sachlichen Notwendigkeit (sprich Zahl und Schwierigkeit der Dp) bestimmt. Bei der Zwischenlösung "Funktionsgruppen" wurde gerade der BfT-Dienst sehr benachteiligt.

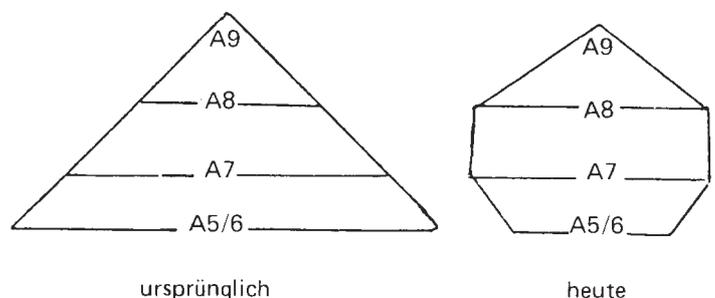
Wie eingangs erwähnt ist die Dienstpostenbewertung die Zuordnung von dienstlichen Tätigkeiten oder Tätigkeitsgruppen zu einer bestimmten Besoldungs-, Vergütungs- oder Lohngruppe. Als erste Stufe der Bewertung erfolgt deshalb die sogenannte Kategorisierung (auch Klassifizierung) der zu bewertenden Tätigkeit. Das heißt, es wird bestimmt, ob es eine Beamten-, Angestellten- oder Arbeiter-tätigkeit ist.

Danach erfolgt die eigentliche Bewertung durch Zuordnung zu einer dem Arbeitsinhalt, der Schwierigkeit, der Verantwortung usw. entsprechenden Besoldungsgruppe (Beamte), Vergütungsgruppe (Angestellte) oder Lohngruppe (Arbeiter).

Hier sind noch einige Begriffe zu klären, die immer wieder auftauchen, wenn es um Bewertungen geht.

Dienstpostenkegel:

Er ist die prozentuale Abstufung der auf Grund der Dp-Bewertung nach Anzahl und Wertigkeit für eine Laufbahn ermittelten Dienstposten (entsteht aus der Bemessung und Bewertung der zu erledigenden Tätigkeiten bei der DBP). Es ergibt sich ein kegelförmiger Aufbau aus dem großen Anteil der Eingangsstufe, dem nach oben hin abnehmenden Anteil der Beförderungsämtler bis zum schwächsten Anteil der Spitzengruppe in Bezug auf die Zahl der gesamten Dp der betrachteten Laufbahn. Dieser Kegelaufbau wurde in der BfT-Laufbahn durch die Rationalisierung schwer gestört. Gemäß dem Rationalisierungsabkommen wird von unten her wegrationalisiert. So steht jetzt auf einer schmalen Basis A 5/6 ein breiterer Zylinder A 7 und A 8, gekrönt von der gleich schwach geliebten Spitze A 9.



Der Vorteil eines schnelleren Durchlaufes durch die einzelnen Stufen ist nur augenblicklich, da sich vor der schmalen Spitze alles staut (verschärft durch die derzeitige schlechte Altersstruktur). Die Gefahren, die sich aus dieser Struktur des Dienstpostenkegels für unsere Laufbahn ergeben, sind ungleich größer.

Der Planstellenkegel (auch einfach Stellenkegel):

Er stellt den entsprechenden Kegelaufbau der in einer Laufbahn vorhandenen Planstellen dar. Der Planstellenkegel und der Dienstpostenkegel decken sich nicht, da der Haushaltgesetzgeber nicht für alle Dienstposten auch eine Planstelle schafft.

Hieraus ergibt sich auch die Vernichtung von Beförderungsposten durch Nichtbeamtungswillige, da die Prozentaufteilung des Planstellenkegels sich auf die tatsächlich vorhandenen Planstellen einer Laufbahn bezieht und nicht auf die in der Laufbahn vorhandenen Dienstposten.

Erwin Rathgeb, OV Ulm

Anschrift

Post setzt bei Ausbildung auf Mikrocomputer

Bonn, den 1. März 1985

Bundespostminister Dr. Christian Schwarz-Schilling hat in Bonn der Öffentlichkeit die ersten von 1.213 Mikrocomputern vorgestellt, an denen künftig alle Auszubildenden zum Fernmeldehandwerker Kenntnisse in der Mikrocomputertechnik erwerben werden. Die Deutsche Bundespost hat sich nach den Worten des Ministers entschlossen, das Ausbildungsspektrum der Fernmeldehandwerker um das Fachgebiet Mikroelektronik zu erweitern und damit der vielfältigen Entwicklung der neuen und künftigen Informations- und Kommunikationstechnik anzupassen. Darüber hinaus werden die speziell für die Post entwickelten Systeme in der freiwilligen fachlichen Weiterbildung eingesetzt und bieten damit die Möglichkeit, auch andere Mitarbeiter der Deutschen Bundespost mit modernsten Techniken vertraut zu machen. Schließlich ergeben sich für die über den eigenen Bedarf der DBP hinaus Ausgebildeten, die später möglicherweise keinen Arbeitsplatz bei der Deutschen Bundespost finden, aufgrund der nunmehr noch qualifizierteren Ausbildung eindeutig bessere Chancen am Arbeitsmarkt.

Die neuen Schulungssysteme sind von der Post in einem sorgfältigen Verfahren ausgewählt worden. Nach einem vor zwei Jahren durchgeführten Test mit 5 auf dem Markt befindlichen Systemen hatten sich schnell Stärken und Schwächen herausgestellt. Die Post konnte nun aufgrund der gesammelten Erfahrungen eine Konzeption für die Verwendung der Mikrocomputer im Unterricht entwickeln und einen Katalog der hier benötigten Leistungsmerkmale für ein Schulungssystem anlegen. Trotz einer kurzen Ausschreibungsfrist und einem kurzfristigen Liefertermin erfüllten mehrere Geräte die von der Post aufgestellten Leistungskriterien.

Der Postminister wertete als sehr erfreulich, daß Firmen – unabhängig von der Auftragsvergabe – die Wettbewerbsausschreibung der Post begrüßt hätten, weil die Geräte

dadurch fortentwickelt werden konnten und nunmehr am Markt konkurrenzfähiger seien.

Den Zuschlag mit einem Auftragsvolumen von 3,2 Millionen DM erhielt die Firma SEL für das leistungsfähigste und preisgünstigste Gerät. Es verfügt u. a. über den Z 80-Prozessor, Assembler/- Disassembler, Bildschirm und Volltastatur, einen BASIC-Interpreter sowie Anschlußmöglichkeiten für Drucker, Kassettenrekorder und Systemerweiterungen.

Die neuen Ausbildungscomputer werden auf die 85 Berufsbildungsstellen für Fernmeldehandwerker aufgeteilt, so daß zusätzlich zu der theoretischen Vorbereitung jeder Auszubildende 3 Wochen lang an einem eigenen Gerät ausgebildet werden kann. Es hat sich in der Erprobungsphase herausgestellt, daß hier Gruppenarbeit nicht förderlich ist.

Postminister Schwarz-Schilling über die bisherigen Erfahrungen: "Die jungen Leute sind mit einem wahren Feuereifer bei der Sache und vergessen gelegentlich Pausen und Arbeitsende, so daß die Ausbilder dann zum letzten Mittel greifen, nämlich den zentralen Ausschaltknopf, um die Auszubildenden auf den Feierabend aufmerksam zu machen."

Bundespostminister Schwarz-Schilling hob erneut die großen Anstrengungen der Deutschen Bundespost bei der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen hervor. Die DBP wird 1985 insgesamt rund 17.800 Ausbildungsplätze anbieten, davon rund 6.000 im gewerblich-technischen Bereich (Fernmeldehandwerker, Elektromechaniker, Kraftfahrzeugmechaniker). Rund die Hälfte der Auszubildenden im gewerblich-technischen Bereich (3.000) wird jedoch über den eigenen Bedarf hinaus ausgebildet.

Herausgeber: Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V. – Der Bundesvorstand – Postfach 4524, 6000 Frankfurt/Main 1
Verlag: Eifert Druck und Verlag GmbH, Postfach 2233, 7768 Stockach 1, Telefon: 07771/1591
Bezugspreis: DM 1,60 – für die Mitglieder durch den Beitrag abgegolten. Die Zeitung erscheint vierteljährlich.
Verantwortliche Redakteure:
Waldemar Hörle, 6000 Frankfurt, Tel.: privat (069) 571655, dienstlich (06196) 4782751; Werner Zok, 5600 Wuppertal 1, Tel.: priv. (0202) 752851, dienstlich (0211) 4490751; Kurt Wetzlar, 6000 Frankfurt, Tel.: (069) 7382860, Mo. u. Mi. bis Fr., v. 9.00 bis 10.00.
Abschlußredaktion: Waldemar Hörle
Gezeichnete und übernommene Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der VDFP oder der Redaktion dar.

☆ Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe ist der 03. 06. 1985 ☆



Nachrichten

Mitteilungsblatt der Vereinigung

Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V.

Ausgabe 3 / 1985

20. Jahrgang

Beamte sollen eigene Beiträge zu ihrer Altersversorgung leisten: Stellungnahme der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 2

**Antwortschreiben
des
Bundesvorstandes
zur Altersversorgung**

Seite 2

**Kräftefehlbestand im
gehobenen fern-
meldetechnischen
Dienst**

Seite 3

**VDFP-
Bundesvorstand
in Bonn**

Seite 4

**Präziser TV-
Pegelmesser
TPM-10**

Seite 4

**Aus den
Arbeitskreisen**

Seite 4

**Aus den
Bezirken**

Seite 5

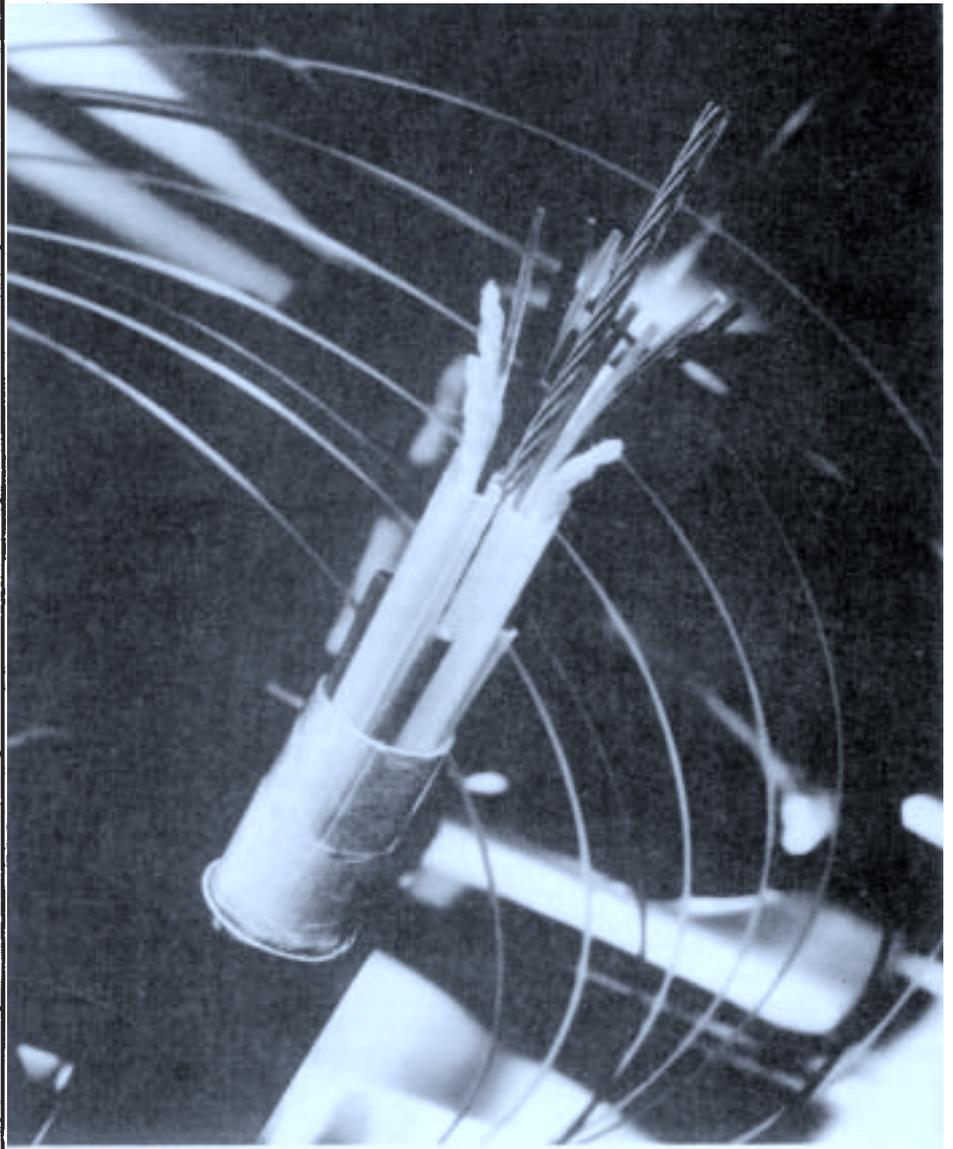


Foto: AEG-Telefunken

Der besondere Vorteil von Lichtleitfaserkabeln liegt in der elektromagnetischen Unbeeinflussbarkeit und dem geringen Gewicht gegenüber Kabeln mit Kupferleitern. Die empfindlichen Lichtleitfasern werden von Kunststoffschläuchen umgeben und um ein zugfestes Stahlseil verseilt. Aus dem breiten Typenprogramm der AEG-Telefunken Kabelwerke AG Rheydt zeigt das Bild das Kabel (Typ A-2YZg (L) 2Y 4x2 LLF/4x1x0,9 mm), das für das LLF-Versuchsprogramm an die Deutsche Bundespost in Berlin geliefert wurde. Es enthält acht Lichtleitfasern, die im PCM-System 480 betrieben werden, d. h. es können insgesamt 3840 Gespräche geführt werden.

Beamte sollen eigene Beiträge zu ihrer Altersversorgung leisten – Stellungnahme der SPD-Bundestagsfraktion

Der Bundesvorstand hatte sich schriftlich an die Bundestagsfraktion der SPD gewandt, nachdem durch Pressemitteilungen bekannt wurde, daß Beamte künftig eigene Beiträge zu Ihrer Alterssicherung leisten sollen. Zu diesem Themenkreis liegt eine Stellungnahme des Bundestagsabgeordneten Eugen Glombig vor, der gleichzeitig Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung im Deutschen Bundestag ist:

Die Sachverständigenkommission "Harmonisierung der Alterssicherungssysteme" empfahl in ihrem Gutachten vom 19. November 1983 künftig auch die Beamten – wie die Versicherten der Rentenversicherung – schrittweise an der Finanzierung ihrer Alterssicherung zu beteiligen und entsprechende Gehaltsteile der Beamten in ihren Bezügen offen auszuweisen. Dadurch soll ein tragender Gedanke zur Alterssicherung verwirklicht werden: nämlich die Beteiligung aller Erwerbstätigen an der Finanzierung ihrer Alterssicherung innerhalb des jeweiligen Systems und die ausgewogene Beteiligung aller Gesicherten insbesondere an den aus der demographischen Entwicklung resultierenden Belastungen.

Zu der gesamten Problematik liegen noch keine konkreten Beschlüsse der SPD-Bundestagsfraktion vor. Vielmehr handelt es sich jetzt um eine Diskussion mit allen Beteiligten über die Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit des Vorschlages im Gutachten der Sachverständigenkommission, das der Bundesregierung vorliegt und deren Aufgabe es nunmehr sein muß, dem Parlament entsprechende Vorschläge zu machen. Die Empfehlungen der Kommission sind übrigens einmütig zustandegekommen, d. h. es gab nur eine Stimme dagegen und eine Stimmenthaltung.

Die Sozialpolitiker der SPD-Bundestagsfraktion haben sich ebenfalls dafür ausgesprochen, daß Beamte – ebenso wie Arbeitnehmer – eigene Beiträge zu ihrer Altersversorgung zahlen sollten. Auf der anderen Seite – und dies gehört unmittelbar dazu – verlangen sie, daß die Beamtenbesoldung unbedingt an die Tarifentwicklung für die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes angekoppelt bleiben muß. Für die unteren Besoldungsgruppen ist die Einführung des Altersversorgungsbeitrages mit einer sozialen Flankierung (Bruttoaufstockung der Dienstbezüge) zu verbinden.

Ich bin überzeugt, daß es auch im wohlverstandenen Interesse der Beamten liegt, in ihren Rechten und Pflichten weitgehend den Arbeitnehmern in der Privatwirtschaft gleichgestellt zu sein.

Sachlich gerechtfertigt ist ein eigener Altersversorgungsbeitrag der Beamten auch deshalb, weil ihre Versorgung wesentlich besser ist als die der Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft:

- Die "Versorgungsformel" ist weitaus günstiger als die "Rentenformel": Bereits nach 35 Dienstjahren erreicht der Beamte 75 % des letzten Bruttogehaltes, während der Arbeitnehmer in der gesetzlichen Rentenversicherung auch nach 45 Versicherungsjahren nicht mehr als 45 % des durchschnittlichen Bruttoeinkommens seines Versicherungslebens erzielen kann. Diese Regelung führt bei den Beamten zu wesentlich günstigeren Altersbezügen als bei den Arbeitnehmern in der Privatwirtschaft.
- Der Beamte zahlt für seine Altersversorgung keine Beiträge, während der Arbeitnehmer derzeit 9,35 % seines

Bruttoeinkommens (ab 1. Juni 1985 werden es sogar 9,6 % sein) für seine (wesentlich schlechtere) Altersversorgung bezahlen muß; dennoch haben Beamte die gleichen steuerrechtlichen Abzugsmöglichkeiten für Vorsorgeaufwendungen wie die Arbeitnehmer, obwohl bei ihnen keine Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung anfallen.

Es trifft zwar zu, daß die Beamtenpensionen steuerrechtlich ungünstiger gestellt sind als die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung; dadurch werden die geschilderten Vorteile der Beamtenversorgung gegenüber den Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung aber bei weitem nicht aufgehoben. Der vielfach behauptete Einkommensrückstand der Beamten gegenüber gleichqualifizierten Arbeitnehmern der Privatwirtschaft, in dem man eine Art "fiktiven" Altersversorgungsbeitrag der Beamten (in Gestalt eines nichtausgewiesenen Einkommensverzichts) erblicken könnte, ist zahlenmäßig bisher nicht nachgewiesen; auch die von der Bundesregierung eingesetzte Sachverständigenkommission zur Begutachtung der Alterssicherungssysteme hat einen Beweis für einen solchen Einkommensrückstand nicht gefunden.

Ich könnte den Vergleich zwischen der Alterssicherung der Beamten und der der Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft zwar noch vertiefen; im Interesse der notwendigen Übersichtlichkeit habe ich mich jedoch auf die Darstellung der im Vordergrund stehenden Gesichtspunkte beschränkt.

Die Sozialpolitiker der SPD-Bundestagsfraktion sind der Auffassung, daß eine "Harmonisierung" der Alterssicherungssysteme unabweisbar ist. Infolge der Veränderung des Altersaufbaus der Bevölkerung entstehen langfristig erhebliche finanzielle Belastungen für die Alterssicherung; und zwar nicht allein im Hinblick auf die gesetzliche Rentenversicherung, sondern auch in sämtlichen anderen Altersversorgungssystemen.

Allein durch Leistungsver schlechterungen und Beitrags erhöhungen innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung sind die langfristigen Finanzierungsprobleme nicht zu lösen. Es ist vielmehr notwendig, den insgesamt für die Alterssicherung zur Verfügung stehenden Teil des Sozialprodukts umzuschichten, um die Alterssicherung insgesamt auf einem angemessenen und ausreichenden Niveau zu halten. Dies bedeutet, daß Personengruppen, die heute relativ günstig versorgt sind bzw. geringe Finanzierungs lasten übernehmen müssen, ebenfalls ein Beitrag zur Bewältigung der wachsenden Alterslast abverlangt werden muß. Zumindest müssen sie sich entsprechend der wachsenden Belastung von Rentnern und "aktiven" Arbeitnehmern an dem demographischen Risiko der Alterssicherung beteiligen. **Es geht uns dabei nicht um die Abschaffung des Berufsbeamtentums, wie in polemischen Angriffen und Unterstellungen gegenüber der SPD von interessierter Seite behauptet wird."**

* * *

Antwortschreiben des Bundesvorstandes zur Altersversorgung

Die Stellungnahme des Bundestagsabgeordneten Eugen Glombig zur Sicherung der Altersversorgung der Beamten hat für die VDFP keine befriedigenden Lösungsvorschläge eröffnet. Insbesondere erfolgte keine konkrete Aussage, in welcher Form eine Beteiligung der Beamten an der Sicherung ihrer Altersversorgung erfolgen soll.

Der Bundesvorstand hat deshalb dem Bundestagsabgeordneten Glombig nachstehendes Schreiben übersandt:

"Bevor Sie sich der Absicht nähern, die Beamten durch Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung schritt-

weise an die Finanzierung ihrer Alterssicherung zu beteiligen, müßte die gesetzliche Rentenversicherung durchforstet, im Hinblick auf ihre Zuständigkeit geordnet werden.

Der Staat belastet die gesetzliche Rentenversicherung mit Ausgaben, die nach dem Generationsvertrag dieser nicht zugeordnet sind.

Der Generationsvertrag bedeutet doch, daß jeweils die Aktiven die Renten der Inaktiven finanzieren, d. h. nur diese Personen haben einen Anspruch auf eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung, die Beiträge im Sinne des Generationsvertrages entrichtet haben.

Die Bundesregierung bürdet der gesetzlichen Rentenversicherung nach unserer Auffassung Lasten auf, die mit dem Inhalt des Generationsvertrages nicht vereinbar sind. Alle bisherigen Bundesregierungen (ob sozial-liberal oder christlich-liberal) haben mit Zustimmung aller Parteien der gesetzlichen Rentenversicherung Lasten auferlegt, die allein auf Kosten der Beitragszahler bewältigt werden müssen; dieser Zustand ist unzumutbar.

Zu Zeiten der Rentenreform von 1957 hatte die damalige Bundesregierung für die Sonderleistungen 29,8 % des Rentenaufkommens gezahlt; 1983 zahlt sie nur noch 15,9 %, trotz gestiegener Leistungen. Der gesetzlichen Rentenversicherung sind somit bis heute über **100 Milliarden DM** verlorengegangen.

An dieser Stelle möchten wir ausdrücklich betonen, daß diese Personenkreise, die außerhalb des **Generationsvertrages** eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung erhalten, ein Anrecht auf eine finanzielle Unterstützung haben. Hier sind jedoch politische Zusagen gemacht worden, die den Staat zu finanzieller Hilfe verpflichtet; nur darf diese Hilfe nicht durch den heutigen Beitragszahler finanziert werden, sondern es müssen andere Quellen der Finanzierung gefunden werden. Durch solche Maßnahmen könnten die heutigen Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gesenkt werden und es käme zu keinen laufenden Erhöhungen.

Durch die Erweiterung des Kreises der Beitragszahler wie z. B. die Beamten sowie Leistungsminderungen und Beitragserhöhungen werden die Finanzierungsprobleme der gesetzlichen Rentenversicherung nicht gelöst.

Eine Lösung kann nur erfolgen, wenn man der gesetzlichen Rentenversicherung nur die finanziellen Aufgaben zumutet, wozu sie bei genauer Auslegung des **Generationsvertrages** verpflichtet ist.

Bestehen darüber bei Ihnen Zweifel?

Im Interesse der Bundesregierung müßte es nach unserer Auffassung auch liegen, wenn die Rechte der Beamten den Rechten der Tarifkräfte gleichgestellt werden.

Sie machen in Ihrem Schreiben die Aussage, "daß es auch im wohlverstandenen Interesse der Beamten liegt, in ihren Rechten und Pflichten weitgehend den Arbeitnehmern in der Privatwirtschaft gleichgestellt zu werden."

Leider ist die Ungleichbehandlung von Beamten und Tarifkräften am Arbeitsplatz nicht beseitigt.

Die Tarifkräfte verdienen im mittleren technischen Dienst bei der Deutschen Bundespost netto 200 bis 300 DM mehr als die Beamten bei gleichen Tätigkeiten.

Wollen Sie das schon bestehende Minuseinkommen der Beamten durch Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung um einen weiteren Betrag vermehren?

Ihre Annahme, daß die Ruhestandsbeamten des mittleren technischen Dienstes bei der Deutschen Bundespost netto 75 % des letzten Bruttogehaltes als Versorgungsbezüge

erhalten, verwundert uns etwas und ist so pauschal, nicht nur wegen der Versteuerung, unrichtig.

Hierzu detaillierte Erklärungen abzugeben würde den Rahmen unseres Schreibens sprengen."

Kräftefehlbestand im gehobenen fernmeldetechnischen Dienst

Ende 1984 betrug im CFt-Dienst der Fehlbestand von Ingenieuren 1726 Kräfte. Grund für diesen Personalfehlbestand ist u. a., das geringere Anfangseinkommen der Ingenieure gegenüber der Privatindustrie. Erschwerend macht sich auch der Vorbereitungsdienst auf die Kräftegewinnung für den CFt-Dienst bemerkbar.

Die VDFP ist der Auffassung, daß der Personalfehlbestand im CFt-Dienst durch den Aufstieg für besondere Verwendung (§ 29 der Bundeslaufbahnverordnung) mit Bft-Kräften abgedeckt werden kann.

Der VDFP-Bundesvorstand hat aus diesem Grunde dem Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen mit nachstehendem Schreiben eine Lösungsmöglichkeit angeboten:

"Dieser Fehlbestand läßt sich weder durch Einstellungen vom Arbeitsmarkt noch durch Zugänge von den Fachhochschulen der Deutschen Bundespost beseitigen.

Ansichts 2,5 Millionen Arbeitsloser in der Bundesrepublik ist die Nichtbesetzung von 1800 Arbeitsplätzen nicht vertretbar.

Bei der Deutschen Bundespost ist die Arbeitsplatzsituation durch Rationalisierungsmaßnahmen ebenfalls nicht unproblematisch. Im mittleren fernmeldetechnischen Dienst hat sich die Anzahl der Arbeitsposten durch neue Arbeitsverfahren laufend verringert. Durch die Einführung neuer Techniken, besonders den zunehmenden Einsatz digitaler elektronischer Fernmeldeeinrichtungen in der Fernsprechvermittlungstechnik, werden in diesem Bereich weitere Arbeitsposten abgebaut.

Neben einer Verschlechterung der Beförderungschancen für die Kräfte im mittleren fernmeldetechnischen Dienst, werden die Aussichten der bei der DBP ausgebildeten Fernmeldehandwerker einen Arbeitsplatz im erlernten Beruf zu finden drastisch verringert.

Die Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post fordert die Abdeckung des Personalfehlbestandes im gehobenen fernmeldetechnischen Dienst mit eigenen Kräften, mit Kräften des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes.

Hierzu bietet die Bundeslaufbahnverordnung (§ 29, Aufstieg für besondere Verwendung) die Möglichkeit.

In einer einmaligen Maßnahme (eventuell Herabsetzung des Lebensalters auf 45 Jahre) können genügend geeignete Kräfte des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes gewonnen werden.

Für viele Aufgaben des gehobenen Dienstes sind betriebs- erfahrene Bft-Kräfte befähigter als junge Ingenieure.

Durch die Öffnung der Laufbahn nach oben, würde der Beförderungsstau im mittleren fernmeldetechnischen Dienst abgebaut. Der Rationalisierungsdruck wird verringert.

Freie Arbeitsposten in der Eingangsstufe der Laufbahn können mit ausreichend zur Verfügung stehenden Nachwuchskräften neu besetzt werden."

Der Bundesvorstand zum Gespräch im BPM

Am 11. 6. 1985 führten der **Bundsvorsitzende Peter Behrend** und der **stellvertretende Bundsvorsitzende Franz Roschkowski** ein Gespräch mit dem Leiter des Referates 325, Herrn PDir Hustedt.

Die besprochenen Themen reichten von unseren bekannten, noch nicht erfüllten Forderungen, bis zu den Vorstellungen des BPM zum Thema Bemessung und Bewertung sowie der noch zu entscheidenden zukünftigen Verwendung von Planstellen A 9 Z.

Da die Entscheidungsprozesse noch nicht abgeschlossen sind, wird über Einzelheiten zu einem späteren Zeitpunkt berichtet.

P. B.

Präziser TV-Pilotpegelmesser — TPM-10 von Wandel & Goltermann



Bild: Wandel & Goltermann GmbH

Eine der wichtigsten Meßaufgaben bei der Installation, Inbetriebnahme und bei der Betriebsüberwachung von Breitband-Kommunikationsanlagen (BK-Anlagen) ist die Pilotpegelmessung. Aufgrund der exakt einzuhaltenden Systemwerte und Pilotpegel werden hohe Ansprüche an die Meßgenauigkeit der Pilotpegelmesser gestellt. Der TV-Pilotpegelmesser TPM-10 von Wandel & Goltermann ist ein sehr leicht zu bedienendes Meßgerät und zeichnet sich durch eine hohe Genauigkeit aus. Er ermöglicht die Messung von 3 entsprechend CCIR empfohlenen Pilotfrequenzen 80,15 MHz; 280,25 MHz und 287,25 MHz, die sich über Tasten anwählen lassen. Die Meßbereichsum-

schaltung erfolgt automatisch bei einem Eingangsspegel zwischen +60 dB μ V und +110 dB μ V an 75 Ohm. Die Kalibrierung geschieht ebenfalls automatisch und trägt zur leichten Bedienbarkeit des Pilotpegelmessers bei. Über einen Schreiberausgang kann ein Yt-Schreiber zur Langzeitüberwachung des Pilotpegels angeschlossen werden.

Der TPM-10 läßt sich entweder am Netz oder über einer eingebauten Akku portabel betreiben. Weiterhin ist ein Batterieanschluß vorhanden, über den man den TPM-10 aus einer externen Gleichspannung (z. B. einer Bordbatterie) versorgen kann. Der TPM-10 ist durch seine herausragenden Eigenschaften wie: hohe Zuverlässigkeit, robuste Ausführung, einfache Bedienbarkeit und Netzunabhängigkeit maßgeschneidert für eine zuverlässige Analyse und Messung am ÜP von BK-Anlagen.

Aus den Arbeitskreisen:

Arbeitskreis DE/DÜ

Für den neu zu gründenden Arbeitskreis DE/DÜ suchen wir noch interessierte Kollegen aus diesen Fachbereichen.

Koordinator ist der Kollege Reinhold Gering
Hans-Böckler-Straße 32
6653 Blieskastel

Fernsprecher: (0681) 810-1265, (Dienst)
(06842) 66 76 (Privat)

Arbeitskreis MgF

Am 21. 5. 1985 hat der Arbeitskreis MgF seine Tätigkeit aufgenommen. Er setzt sich zusammen aus den Kollegen:

Rainer Hofmann, MgF, FA Göppingen, (07161) 62-760

Ulrich Mugrauer, BF/MgF, FA Schwäbisch Hall,
(0791) 44-259

Friedrich Sauer, MgF, FA Heidelberg, (06221) 55-3431

Koordinator des Arbeitskreises ist der Kollege Hans Maier
Telefon: (07161) 62-505 (Dienstl.), (07163) 79 99 (Privat)
Anschrift: Aylenbergstr. 26
7333 Ebersbach - Weiler

Interessierte Kollegen, die in dem vorgenannten Arbeitskreis mitarbeiten möchten, setzen sich bitte mit dem Kollegen Maier in Verbindung.

Arbeitskreis Werbung und Information

Werbeaktion 1985

Der Arbeitskreis Werbung und Information startet eine neue Werbeaktion. Dazu wurde ein Faltblatt erstellt, welches in den nächsten Tagen an die Bezirke ausgeliefert wird.

Wir bitten Sie durch Ihren persönlichen Einsatz unsere Werbeaktion tatkräftig zu unterstützen.

Jedes Mitglied stärkt die VDFP und damit die Berufsgruppenvertretung für den mittleren technischen Dienst!

Auf Bundes- und Bezirksebene sind Preise ausgesetzt — schon mit einer Werbung können Sie dabei sein!

In einem besonderen Anschreiben werden wir Sie darüber genauer informieren. Aber schon jetzt gilt:

Alle Werbungen in der Zeit v. 01. 07. 1985 bis 30. 03.1986 werden gewertet.

Aus den Bezirken: Bezirk Freiburg

Ein erster Schritt ist getan
Versammlung der Vereinigung Deutscher Fernmelde-
techniker Post



DIE NEUGEWÄHLTE Vorstandschaft der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post (von links): Stellvertretender Vorsitzender Gerhard Lang, zweiter Kassierer Peter Roth, erster Kassierer Günter Barth, stellvertretender Vorsitzender Lothar Raudies, erster Vorsitzender Willi Heller, erster Schriftführer Heinz Werner Geeven, zweiter Schriftführer Klaus Jürgen Haas sowie Bundesvorsitzender Peter Behrend.
sb-Foto: Baur

sb. Rottweil. Die Mitglieder der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post (VDFP), Bezirk Freiburg, trafen sich zur Bezirksversammlung in Rottweil. Die Vereinigung vertritt die Interessen der Kollegen des mittleren technischen Dienstes aus den Fernmeldeämtern Ravensburg, Konstanz, Freiburg, Offenburg und Rottweil.

Zu Beginn sprach Bezirksvorsitzender Willi Heller aus Nagold über die Verwaltungsermittlungen, die gegenüber seiner Person eingeleitet worden sind. Heller hatte sich in Ausübung seiner Funktion gegenüber seinem Dienstherrn etwas überzogen kritisch geäußert. Eine kritische, ja manchmal auch polemische Auseinandersetzung mit der Gegenposition des öffentlichen Arbeitgebers müsse aber für eine Vereinigung möglich sein, sollte die Koalitionsfreiheit nicht in ihrem Wesensgehalt beeinträchtigt werden. Eine Äußerung der Position einer Vereinigung sei aber nun einmal grundsätzlich in erster Linie nur über die Funktionsträger möglich.

Aus den Berichten der einzelnen Funktionäre zeigte sich, daß der Bezirksvorstand gute Arbeit geleistet hat. Im Mittelpunkt des Bezirkstages stand das Referat des neuen Bundesvorsitzenden Peter Behrend aus Berlin. Er sprach über den großen Erfolg der VDFP im letzten Jahr. Demnach ist es der VDFP gelungen, in langen Gesprächen das Ministerium davon zu überzeugen, daß ein Nettoverlust von rund 300 Mark bei der Übernahme vom Arbeiter ins Beamtenverhältnis nicht mehr tragbar war. Viele Arbeiter hätten nach bestandener Prüfung die Übernahme in das Beamtenverhältnis abgelehnt. In den nächsten zwei Jahren würden alle jungen Beamten für den mittleren technischen Dienst in A 6 (rund 2100 Mark, verheiratet, ohne Kind) eingestuft.

Diese Aktion schmälere den Nettoverlust auf rund die Hälfte. Heller: "Wir sehen darin einen ersten Schritt, werden aber solange weiterkämpfen, bis der Nettoverlust auf Null gesunken ist."

Der Bundesvorstand führt laufend Gespräche mit den Ministerien und den Parteien, um die noch ausstehenden Probleme des mittleren technischen Dienstes der DBP einer Lösung zuzuführen. Weitere Schwerpunkte sind die Änderung der Ausbildung, Erweiterung der Fortbildung und somit die Erreichung einer Technikerlaufbahn bei der Post. Die Fortbildung der Kollegen an neuen Geräten sollte vor Einführung dieser neuen Techniken gewährleistet sein. Dies sollte auch dem Ministerium einleuchtend sein. Sonst verschlechtere sich der Service der Deutschen Bundespost, was wiederum die Privatisierungstendenz stärke.

Die Neuwahlen brachten keine großen Änderungen im Bezirksvorstand. Bezirksvorsitzender bleibt Willi Heller aus Nagold. Die beiden Stellvertreter sind Lothar Raudies aus Konstanz und Gerhard Lang aus Offenburg. Schriftführer ist Heinz-Werner Geeven aus Rottweil. Der Kassierer, Günther Barth, kommt aus Freudenstadt.

Schwarzwälder Bote, 25. 5. 1985

Bezirk Hessen

Arbeitstagung des erweiterten Bezirks- vorstandes

Die erweiterte Arbeitstagung des erweiterten Bezirksvorstandes fand in diesem Jahr am 1. und 2. März in Kiedrich/Rheingau statt. Eingeladen waren die Mitglieder des Bezirksvorstandes und die Vorsitzenden aus den Ortsvereinigungen.

In seiner Eröffnungsrede dankte der Bezirksvorsitzende dem Kollegen Weidenfeller von der OV-Wiesbaden für die Vorbereitung zur Arbeitstagung.

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde um die nachfolgend genannten Punkte erweitert:

- Bericht aus dem Arbeitskreis Laufbahngestaltung
- Betriebliche und fachliche Fortbildung im Bericht DIV
- Antrag vom Bezirksdelegiertentag 1984 zur laufbahnunabhängigen Ausschreibung von Fortbildungslehrgängen.

Nach der Genehmigung des Protokolls von der konstituierenden Sitzung des Bezirksvorstandes am 22. November 1984 folgte der Bericht zur Geschäftsführung.

Der beim Bundesdelegiertentag 1984 gebildete Arbeitskreis "Laufbahngestaltung" hat seine Arbeit aufgenommen und am 22. und 23. Februar 1985 erstmals getagt. Der Bezirksvorsitzende Helmut Befort ist Mitglied dieses Arbeitskreises und berichtete von der bisherigen Arbeit.

Im Tagesordnungspunkt 6 berichteten die Vorsitzenden aus den Ortsvereinigungen. Dabei zeigte sich, daß die verstärkte Informationsarbeit in einigen Ortsvereinigungen erfolgreich war. Die zusätzlichen Aktivitäten führten zu zahlreichen Beitritten. Dieser zunehmende Trend hält hoffentlich an, damit aufgrund einer starken Basis in der VDFP die Interessen des mittleren technischen Dienstes stärker vertreten werden können und somit sicherer zum Erfolg führen.

Nachfolgend einige Aktivitäten, die im Verlauf der Berichte aus den Ortsvereinigungen genannt wurden in Stichworten:

- OV-Vorstandssitzungen
- Monatsgespräche des OV-Vorstandes

- Vertrauensleute in den Dienststellen
- VDFP-Spiegel und Informationsverteilung
- Protokolle
- Plakataushänge und Aushängetafeln
- Schreiben an Parteien und Diskussionen mit deren Vertretern
- Mitgliederwerbung bei Fernmeldehandwerkern, dem Nachwuchs für den mittleren technischen Dienst
- Pensionärsbetreuung
- Ehrung von langjährigen Mitgliedern.

Der Antrag vom Bezirksdelegiertentag 1984 "Der Bezirksvorstand möge sich für eine laufbahnunabhängige Ausschreibung von Fortbildungslehrgängen einsetzen," wurde ausführlich diskutiert. Zu diesem Thema soll in Gesprächen mit den zuständigen Stellen eine Verbesserung der Lehrgangsteilnahme für den mittleren technischen Dienst erreicht werden.

Weitere Punkte der Arbeitstagung waren die Arbeitsschwerpunkte des Bezirksvorstandes für 1985/86:

1. Werbung und Information
2. Neue Medien – FA Zukunft

Zu diesen beiden Punkten wurde je eine Arbeitsgruppe gebildet. Diese soll ihre Arbeit unverzüglich aufnehmen, um bei der nächsten Vorstandssitzung (am 26. Juni) von ihren ersten Maßnahmen berichten zu können.

Für das Bezirksvorstandstreffen, das in Berlin stattfindet, wurden drei Themen zur Tagesordnung vorgeschlagen. Die genaue Definition dieser Themen soll noch vom geschäftsführenden Bezirksvorstand ausgearbeitet werden.

Zum Tagesordnungspunkt "Problematik der Neubemessung nach OrgRichtl in verschiedenen Fachbereichen" gab Kollege Paul Heil eine ausführliche Einleitung. Als aktuelles Thema sprach er die Änderungen im Fachbereich FeÜ besonders an. Personalbestandsverringerungen und Dp-Abbewertungen sind zu befürchten.

Das jährlich im Wechsel mit dem Bezirksdelegiertentag stattfindende Ortsvorstandstreffen soll in diesem Jahr im September im Raum Darmstadt durchgeführt werden.

Anschrift

der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP dem federführenden Verteidigungsausschuß verschiedene Alternativen vorgeschlagen, die mit der Koalitionsmehrheit gebilligt wurden. Zu den im Gesetzentwurf der Regierung enthaltenen Maßnahmen wird statt Pensionierung angeregt, eine Überführung der Offiziere auf zeitlich befristete Planstellen sowie eine Übernahme in andere Bereiche des öffentlichen Dienstes bei Bund, Ländern und Gemeinden zu prüfen. Anerkannt wird die Notwendigkeit und die Dringlichkeit, Maßnahmen zur Verbesserung der Personalstruktur in der Bundeswehr zu ergreifen. Dabei gehe man davon aus, daß es vergleichbare Fälle in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes nicht gibt.

Weiter vorgeschlagen wird, die Regelung soweit wie möglich auf Offiziere zu beschränken, die tatsächlich Truppendienst leisten. Soweit sich diese Alternativen nicht oder nicht in vollem Umfang verwirklichen lassen, sei die Herabsetzung der Ausgleichszahlung, die zur Zeit bis zu 43.827,- DM betragen kann, zu prüfen. Weiter solle überlegt werden, ob das Mindestalter von derzeit 45 Jahren angehoben werden könne und ob die Möglichkeit, ähnlich wie in den US-Streitkräften, geschaffen werden sollte, zukünftige Offiziere unter bestimmten Voraussetzungen vorzeitig zu pensionieren.

Keine Mehrheit fand ein Antrag der SPD, den Gesetzesentwurf abzulehnen. Sie wies darauf hin, daß Berufsoffiziere einseitig begünstigt würden. Auch in anderen öffentlichen Verwaltungen würde es „Beförderungsstaus“ geben. Angesichts der hohen Arbeitslosenzahl sei es nicht vertretbar, einem vorzeitig im Alter von 45 Jahren ausscheidenden Berufsoffizier eine Abfindung zu gewähren, die Zahlung von Versorgungsbezügen sofort einsetzen zu lassen und ihm noch jede beliebige Nebentätigkeit mit einer entsprechenden Belastung des Arbeitsmarktes zu ermöglichen.

Hingewiesen wurde von der SPD darauf, daß auch bei der Polizei, der Feuerwehr und den Zollbeamten die Einsatzfähigkeit bis ins fortgeschrittene Lebensalter verlangt werde. der Innenminister sollte aufgefordert werden, dem Innenausschuß einen Bericht über Strukturprobleme des öffentlichen Dienstes vorzulegen. Hierbei sollten Vorschläge zum Abbau des „Beförderungsstaus“ im Rahmen eines Gesamtkonzeptes unterbreitet werden.

(wib 9/85 – XVII/112)

Aus dem Bundestag:

Alternativen für die Personalstruktur

Koalitionsvorschläge zum Abbau des Offiziersverwendungsstaus

Zu der geplanten vorzeitigen Zuruhesetzung von 1.500 Berufsoffizieren in den Jahren 1986 bis 1991 zur Verbesserung der Personalstruktur der Bundeswehr hat der mitberatende Innenausschuß am 14. Mai auf Vorschlag

Herausgeber: Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V. – Der Bundesvorstand – Postfach 4524, 6000 Frankfurt/Main 1
 Verlag: Eifert Druck und Verlag GmbH, Postfach 2233, 7768 Stockach 1, Telefon: 07771/1591
 Bezugspreis: DM 1,60 – für die Mitglieder durch den Beitrag abgegolten. Die Zeitung erscheint vierteljährlich.
 Verantwortliche Redakteure:
 Waldemar Hörle, 6000 Frankfurt, Tel.: privat (069) 571655, dienstlich (06196) 4782751; Werner Zok, 5600 Wuppertal 1, Tel.: priv. (0202) 752851, dienstlich (0211) 4490751; Kurt Wetzlar, 6000 Frankfurt, Tel.: (069) 7382860, Mo. u. Mi. bis Fr., v. 9.00 bis 10.00.
 Abschlußredaktion: Waldemar Hörle
 Gezeichnete und übernommene Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der VDFP oder der Redaktion dar.

☆ **Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe ist der 14. 09. 1985** ☆



Altersgrenze beim Aufstieg für besondere Verwendung auf 45 Jahre herabgesetzt. Forderung der VDFP erfüllt:

Seite 2

Fremdleistungen in der gesetzlichen Rentenversicherung betragen mehr als 30 %

Seite 3

Unterschiedliche Auszahlung der Versorgungsbezüge wegen Anrechnung einer Sozialrente

Seite 3

Betriebsgüte bei FeE in Gefahr?

Seite 4

Aus den Arbeitskreisen

Seite 4

Aus den Bezirken

Seite 5

Leserbrief

Seite 6

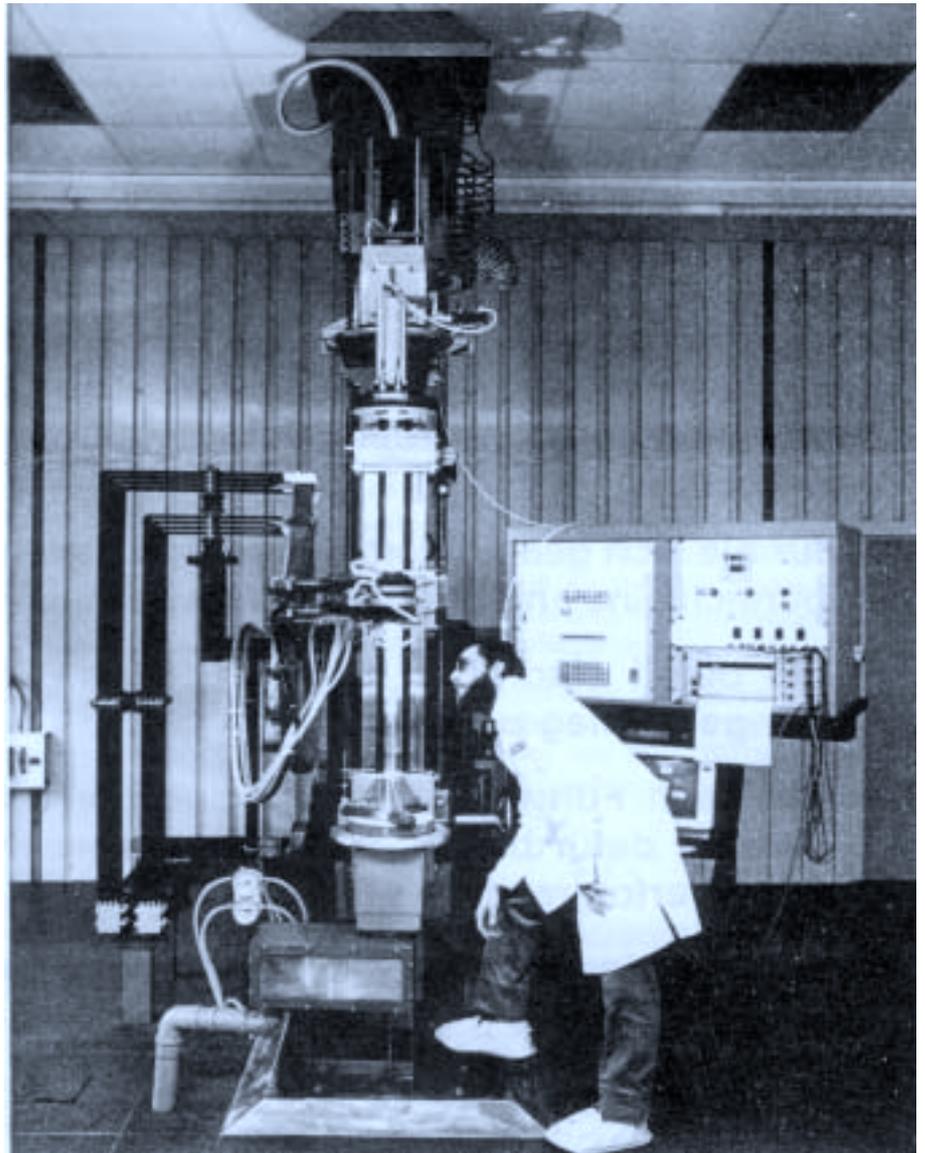


Foto: AEG-Kabel

Große Vorformen für die rationelle Faserfertigung

Für die Vorformherstellung setzt AEG-Kabel prozeßrechnergesteuerte Anlagen ein, bei der das hochreine, definiert dotierte Kernglas in einem Wärmeprozess hergestellt wird. Die senkrechte Anordnung erlaubt die Produktion von großen Vorformen, die für eine rationelle Faserfertigung benötigt werden.

Weitere Forderung aus dem 9-Punkte-Forderungskatalog erfüllt!

**Altersgrenze beim Aufstieg für besondere Verwendung
auf 45 Jahre herabgesetzt!**

Mit BPMVg 325a A 1621-6/1 vom 07. 08. 1985 wird zu einem weiteren Verwendungsaufstieg von BfT nach CfT aufgerufen.

Es können sich BfT-Beamte A 9 Z oder A 9 vz sowie Beamte der Besoldungsgruppe A 8 als Dienstposteninhaber eines höherbewerteten Dienstpostens der Geburtsjahrgänge 1940 und älter bewerben,

- für die sich gemäß dem bisherigen Beschäftigungs- / Herkunftsbereich eine entsprechende Anschlußverwendung ergibt,
- die bereit sind, sich zum gegebenen Zeitpunkt zum Verwendungsaufstieg zu melden,
- die nach Führung, Eignung und Leistung voraussichtlich die Gewähr dafür bieten, sich dem vorgeschriebenen Auswahlverfahren erfolgreich zu unterziehen.

Hiervon sind folgende Aufgabenträgernummern betroffen:

326 20	331 20	371 00	382 00	431 00	445 00
326 21	333 00	372 00	383 00	432 00	451 00

Wir fordern alle betroffenen Kollegen zum Aufstieg für besondere Verwendung auf, wenn sie die o. a. Voraussetzungen erfüllen!

. . . wieder ein Erfolg der VDFP!

Anwortschreiben des MdB Eugen Glombig:

„Fremdleistungen in der gesetzlichen Rentenversicherung betragen mehr als 30 v. H.“

Der Bundesvorstand ist der Auffassung, daß die gesetzliche Rentenversicherung durch Fremdleistungen belastet ist, die mit dem Inhalt des Generationsvertrages nicht vereinbar sind. Deshalb hat der Bundesvorstand dem Bundestagsabgeordneten Eugen Glombig (Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung) seine Bedenken zu diesem Thema schriftlich vorgetragen (siehe auch VDFP-Nachrichten 3/85).

Das nachstehende Schreiben des MdB Glombig geht auf diese Fragen der Fremdsten ein:

„Es ist ohne Zweifel richtig, daß in der Beurteilung der Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit einer so grundlegenden Maßnahme wie der Beteiligung der Beamten an ihrer Altersversorgung weit mehr Gesichtspunkte einzubeziehen sind, als es im Rahmen eines Schriftwechsels darzulegen werden könnte. Es war deshalb notwendig, sich auf die Behandlung der im Vordergrund stehenden Überlegungen zu beschränken.“

Die von Ihnen angesprochene Frage der **„Fremdausgaben“** der Rentenversicherung läßt sich nicht so bündig beantworten, wie es auf den ersten Blick scheint. In der öffentlichen Diskussion wird vielfach so getan, als könne man ohne weiteres zwischen „versicherungsfremden“ und „versicherungseigenen“ Leistungen der Rentenversicherung unterscheiden. Das Gegenteil ist aber der Fall. In der gesetzlichen Rentenversicherung sind seit altersher Leistungen nach dem Versicherungsprinzip und nach dem sozialen Ausgleich miteinander verbunden und man könnte es geradezu als typisch für die Sozialversicherung ansehen, daß in ihr Versicherungs- und Sozialprinzip untrennbar miteinander kombiniert sind. Deshalb ist es kein Wunder, daß die Experten sich noch niemals auf eine genaue Definition der „Fremdleistungen“ haben einigen können. Bei Verwendung eines weiten Begriffs von „Versicherung“ kann man nahezu alle Leistungen der Rentenversicherung, nämlich alle Rententeile, die in irgendeiner Form beitragsproportional errechnet werden, als Versicherungsleistungen interpretieren; es gäbe in diesem Fall praktisch keine Fremdsten. Definiert man das Versicherungsprinzip sehr eng, dann würden nicht nur Rententeile aus beitragslosen Zeiten, sondern auch Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten und Hinterbliebenenrenten dem sozialen Ausgleich zugeordnet und daher als Fremdsten eingestuft. Im Extremfall könnte man praktisch die gesamten Renten als nicht versicherungsgerecht bezeichnen, da der heutige Rentner aus dem System der dynamischen Rentenversicherung ca. das Fünffache der von ihm eingezahlten Beiträge als Rente erhält.

Die Wissenschaftlergruppe des Sozialbeirats hat ausgeführt, **„daß der Umfang der versicherungsfremden Leistungen mit Sicherheit mehr als 30 v. H. beträgt“**. Die Transfer-Enquete-Kommission hat dagegen die versicherungsfremden Leistungen mit **„rund einem Viertel der Rentenausgaben“** quantifiziert; werden auch die familienbezogenen Leistungen als versicherungsfremd angesehen, **„so beläuft sich der Gesamtbetrag auf fast 45 v. H. der Gesamtausgaben“**. Nach Berechnungen aus dem Bereich der Rentenversicherung belaufen sich die **„versicherungsfremden“** Rententeile auf **25 v. H. bis 31 v. H. der Rentenausgaben**.

Im Hinblick darauf, daß trotz eingehender Untersuchungen in der wissenschaftlichen Diskussion kein Konsens darüber besteht, welche Leistungen als versicherungsfremde Leistungen qualifiziert werden können, hat sich die SPD-Bundestagsfraktion bislang nicht an der Diskussion über einen die Fremdsten voll abdeckenden Bundeszuschuß beteiligt. Wir sind der Auffassung, daß die künftigen finanziellen Belastungen der Rentenversicherung, die durch die Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung entstehen werden, auf jeden Fall auch eine stärkere finanzielle Beteiligung des Staates erfordern werden. Wir begründen dies aber nicht mit der Höhe der Fremdsten, sondern aus dem Sozialstaatsprinzip, demzufolge der Staat verpflichtet ist, einen Beitrag zur Alterssicherung der Arbeitnehmer zu leisten.

Wie problematisch die Verwendung des Fremdstenbegriffes ist, sieht man im übrigen auch daran, daß diese Argumentation in eine Richtung gewendet werden kann, die den Absichten derer, die sich ihrer bedienen, völlig entgegengesetzt ist; **stellt man nämlich – unter Zugrundelegung einer letztlich willkürlichen Trennungslinie zwischen Versicherungsprinzip und Sozialprinzip – fest, daß der Bundeszuschuß nicht ausreicht, um die Fremdsten zu finanzieren, so könnte man daraus die Rechtfertigung ableiten, die Leistungen des sozialen Ausgleichs zu kürzen oder ganz abzuschaffen, wenn der Bundesfinanzminister nicht willens oder fähig ist, einen höheren Zuschuß zur Rentenversicherung zu zahlen**. Dies wäre dann ziemlich genau das Gegenteil von dem, was man mit dieser Diskussion erreichen wollte.

Daß es in den letzten Jahren Eingriffe des Staates in die Höhe des Bundeszuschusses gegeben hat, ist richtig. Zeitweise hat die Rentenversicherung den Bundeshaushalt entlasten müssen. Dies geschah sowohl zu Zeiten der sozialliberalen Koalition als auch der Rechtskoalition von CDU/CSU und FDP. Wir Sozialdemokraten sind in dieser Frage, dies gebe ich unumwunden zu, nicht ganz unschuldig. Im Hinblick auf die künftigen finanziellen Belastungen der Rentenversicherung muß der Griff des Staates in die Rentenkasse aber aufhören und die Höhe des Bundeszuschusses wieder zuverlässig kalkulierbar sein.

Dementsprechend wollten wir mit unserem Gesetzesentwurf für eine Rentenreform, der sich gegen die Mehrheit der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP leider nicht durchsetzen ließ, auch eine Verstärkung des Bundeszuschusses erreichen“.

Unterschiedliche Auszahlung der Versorgungsbezüge wegen Anrechnung einer Sozialrente

Der Bundesvorstand hat sich zu diesem Thema mit nachfolgendem Schreiben an den Bundespostminister gewandt:

„Vor Inkrafttreten der Haushaltsstrukturgesetze zur Änderung des § 55 Beamtenversorgungsgesetz haben alle Beamten, die entsprechend der Versorgungsformel 35 Dienstjahre erreicht haben, 75 % des letzten Bruttogehaltes als Versorgungsbezüge erhalten.

Nach Inkrafttreten der Haushaltsstrukturgesetze wird die Sozialrente jetzt teilweise und später ganz auf die Versorgungsbezüge angerechnet, so daß maximal nur 75 % als Altersversorgung (Versorgungsbezüge und Sozialrente) verbleiben.

Die Beamten, die in den 90er Jahren in den Ruhestand gehen, werden eine Minderung der 75 %igen Versorgungs-

bezüge um den vollen Betrag der Sozialrente, welche sie zu einem Teil selbst bezahlt haben, hinnehmen müssen. Bei der jetzigen Regelung kann es dazu kommen, daß Beträge bis ca. DM 1.000,- gekürzt bzw. entzogen werden: d. h. ein nicht unerheblicher Teil der Alterssicherung ist von den Betroffenen selbst finanziert worden. Hierbei handelt es sich vorwiegend um Beamte des mittleren technischen Dienstes.

Es wird also Ruhestandsbeamte geben, die nichts und solche, die erheblich zu ihrer 75 %igen Alterssicherung beigetragen haben.

Das ist ein Unrecht, das so nicht bleiben kann.

Wann und wie ist hier mit einer Änderung zu rechnen?

Ein Teil unserer Beamten zahlt freiwillige Beiträge zur Sozialversicherung zum Zwecke der Erhöhung der späteren Rente.

Werden diese freiwillig entrichteten Beträge durch die Neuregelung „konfisziert“, weil man seitens des Gesetzgebers annimmt, daß sich dadurch ein höherer Rentenanspruch ergibt und eine weitergehende Steuerfreiheit der Rente sowie ein höherer Steuerfreibetrag entstehen?

Wir erwarten von Ihnen, sehr geehrter Herr Minister, daß Sie sich unserer Probleme annehmen und sie zu einer gerechten Lösung führen.“

★ ★ ★

Betriebsgüte bei FeE in Gefahr?

Die neue Bemessung im Bereich FeE (OrgRichtl 382) läßt für die VDFP viele Fragen offen. Die VDFP hat deshalb das BPM um Klärung folgender Punkte gebeten:

1. Mit der Verlängerung der TÜp- und der Reinigungszeiten bei den Münzern wird wissentlich in Kauf genommen, daß die Betriebsgüte sinkt.
2. Wenn die Münzer nur in längeren Abständen geleert werden, ermuntert man damit geradezu zu Einbrüchen und nimmt damit einen unnötig hohen Geldverlust in Kauf.
3. Der geänderte Bemessungswert bei den Notrufübertragungen führt dazu, daß TÜp und Kurzprüfung nicht mehr mit der nötigen Sorgfalt erledigt werden können. Die Folge: die Betriebsgüte der Notrufeinrichtung sinkt schon in absehbarer Zeit.
4. Die Bemessungen für die elektronischen Nebenstellenanlagen sind zu knapp. Unser Kundendienst, der oft so hoch gepriesen wird, leidet sehr darunter.
5. Die Kürzung bei den Gruppenleitern I und A ist völlig ungerechtfertigt. Außerdem müßten beim Gruppenleiter A auch die Zeiten aus Beilage 2, Zeile 7, mit in die Bemessung eingehen, denn er muß diesen Personenkreis auch mitbetreuen.
6. Unerklärlich sind uns auch die Streichungen und Kürzungen bei den FeEst. Wo bleibt hier die Rücksicht auf das gute Image der Deutschen Bundespost?
7. Wir fragen uns außerdem, mit welcher Begründung der Faktor 0,75 bei der Bemessung der Prüftische zugrundegelegt wird? Wie soll hierbei beispielsweise das Notruftelefon noch gewissenhaft geprüft werden?

8. Wer so einschneidende Kürzungen vornimmt, wie es jetzt geschehen ist, muß denen – die sie in die Praxis umsetzen sollen – wenigstens mitteilen, wie und nach welchen Kriterien zukünftig gearbeitet werden soll. Wo bleiben die Richtlinien 13, 14 und 16?

Wir als VDFP sind bestürzt! Wir protestieren hiermit aufs Schärfste gegen diese Kürzungen. Als Mitarbeiter von FeE müssen wir die Deutsche Bundespost gegenüber den Kunden vertreten. Wie aber sollen wir den Bürgern einen ständig schlechter werdenden Service zumuten, wenn jeder in der Zeitung die steigenden Gewinne der Deutschen Bundespost nachlesen kann?

Was wird die Öffentlichkeit sagen, wenn die Betriebsgüte ständig abnimmt?

Die Sorge um die Zukunft unserer Verwaltung und ihrer Mitarbeiter zwingt uns dazu, der unsozialen Bemessung entschieden zu widersprechen.

Aus den Arbeitskreisen

Arbeitskreis FeÜ

Bei der letzten Tagung des Arbeitskreises FeÜ am 18. 7. 85 in Frankfurt stand die Themenwahl unter dem aktuellen Anlaß der Neubemessungen der DStn FeÜ und deren Auswirkung auf den BfT-Dienst. Nach dem jetzigen Kenntnisstand der Erhebungswerte und unter Hinzuziehung der Ergebnisse der Probeerhebung Sept. 84 wurden die Befürchtungen eines starken Verlustes von Dp der Bewertungsstufen A 8 und A 9 Z bestätigt. Verursacht wird dieser Qualitätsverlust der Dp durch die Verminderung der Anzahl der besetzten VrStn und die Verlagerung der dortigen Tätigkeiten in den Außendienst.

Hierzu eine Erklärung:

Gemäß den Bewertungsvorgaben ist jeder erste BfT-Dp einer besetzten VrSt nach A 8 AtNr. 412 22 auszuweisen, jedoch im Außendienst nach AtNr. 412 25 mit einem Schlüssel 40 % A 5/6, 20 % A 8 zu bewerten, so daß bei angenommen gleichen Bemessungsgrößen eine deutliche Verschlechterung der Bewertung eintritt.

Von 400 Dp A 8 sind 175 dadurch stark gefährdet.

Die Bemessungsergebnisse der Aufsichtstätigkeiten AtNr. 412 10, Bewertung A 9 Z, die sich auf die Anzahl der besetzten VrStn stützen, ergeben eine Verminderung von ca. 60 %. Dadurch sind von 85 Dp ca. 50 in Frage gestellt.

Gravierende Mängel wurden vom Arbeitskreis auch bei der Bemessung der BzPrPLMeß festgestellt. So wurden die Erhebungsgrößen nicht an den in der ArbAnw 412/81 vorgesehenen Wartungsfristen ermittelt, sondern nach den 1984 bedingt durch die Einführungsphase verringerten Wartungen. Mit den auf dieser Basis errechneten Arbeitskräften ist es unmöglich, das vorgesehene Arbeitspensum zu erledigen.

Die Überlegungen des Arbeitskreises FeÜ führten zu folgenden Forderungen:

1. Die Bewertung nach AtNr. 412 22 und 412 25 muß so geändert werden, daß im Vergleich zu bisherigen Bewertungsergebnissen keine Verschlechterung eintritt.
2. Die Bewertung der Aufsicht 412 10 orientiert sich wie die Bewertung des StV 412 20 und der Meßbea 412 21 an der Anzahl der endenden PGVn und DSVn. Bei der

Bemessung müssen dem Aufgabenträger 412 10 zu den vorgesehenen Werten ein angemessener Grundwert, sowie ggf. Bemessungsanteile des örtlichen Netzbeobachtungsplatzes zugeschlagen werden.

- Die Ermittlung der Bemessungsanteile für die BzPrPI Meß richten sich nach den durch die ArbAnw 412/81 vorgegebenen Fristen zur Wartung von Meßgeräten.

★ ★ ★

Arbeitskreis Pt

Der Arbeitskreis Pt führte im BPM mehrere Fachgespräche, die sich insbesondere mit den Problemen des posttechnischen Dienstes auf Amtsebene befaßten. Weitere Punkte der Gespräche waren die ArbAnw A und ArbAnw Z.

Die Problematik der Wartung, Umsetzung, Arbeitsvorbereitung, Belastbarkeit des Personals, Effektivität, Kosten-

Aus den Bezirken

Arbeitstagung der Bezirksvereinigungen Nordbaden und Pfalz

Am 4. 9. 1985 trafen sich die Bezirksvorstände aus Nordbaden und der Pfalz in Mannheim zu einer Arbeitstagung.

Das umfangreiche Tagungsprogramm befaßte sich schwerpunktmäßig mit der Verschlechterung der Bewertung bei der Neubemessung in den Bemessungsbereichen 317 (BBi), 412 (FeÜ) und 382 (FeE).

In dem Bereich BBi besteht z. B. nicht die Möglichkeit, Zeiten von Minder- und Mehrbedarf von Kräften auszugleichen.

Die Tagungsteilnehmer stellten einen Themenkatalog zusammen, der die Grundlage für ein OPD-Gespräch im Oktober 85 bilden soll.

★ ★ ★

Bezirk Rhein-Ruhr

Beamte verdienen weniger als Fernmeldehandwerker

XANTEN. Die Einführung neuer Techniken und Kommunikationsmittel stand im Mittelpunkt einer Arbeitstagung der Fernmeldetechniker aus dem Bezirk der Oberpostdirektion Düsseldorf, die gestern im Schützenhaus stattfand. Bei der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post (VDFP) handelt es sich um die älteste Berufsgruppenvertretung bei der Deutschen Bundespost. Sie existiert seit über 100 Jahren und ist damit so alt wie das Telefon.

Die Aufgabe der VDFP besteht darin, die Interessen der mittleren technischen Dienste bei der Deutschen Bundespost wahrzunehmen. Als vordergründige Ziele nennt die Vereinigung die Einführung einer funktionsgerechten Berufsbezeichnung und Bezahlung sowie die Beseitigung der finanziellen Verluste bei der Übernahme von Fernmeldehandwerkern in das Beamtenverhältnis. Was in anderen Bereichen nämlich nicht denkbar ist, tritt in dieser Berufsgruppe ein. Bei der Verbeamtung reduziert sich die Bezahlung um 200 bis 300 Mark pro Monat.

„Wir haben kein Verständnis dafür, wenn bei größeren Anforderungen durch neue Techniken die Berufserwartungen durch Verschlechterung der Arbeitsbewertungen erheblich verringert werden“, meinte der Bezirksvorsitzende der Technikervereinigung Herbert Dissen, zu der Einführung neuer Dienste wie dem Aufbau des integrierten Text- und Datennetzes in digitaler Technik.

All diese Neuerungen müßten ohne eine Erhöhung des Personalstandes durchgeführt werden. Die Post habe ihren Gewinn um eine Milliarde Mark auf 3,3 Milliarden Mark gesteigert, so daß man umso mehr auf eine höhere Bezahlung und Bewertung bestehen müsse, zumal dieser Zuwachs vom

erfassung sowie Fahrzeugbedarf sind Schwierigkeiten, die unterschiedlich auf das gesamte Bundesgebiet verteilt auftauchen und mit Nachdruck bereinigt werden müssen. Ein Funktionieren der ArbAnw A bzw. ArbAnw Z bedeutet ein Minimum an Fremdvergabe sowie eine sich nicht mehr ausbreitende Privatisierungstendenz.

Die ständige Modernisierung, Einführung von neuen Techniken und sich ändernden gesetzlichen Vorschriften stellen an das Können sowie an den Wissensstand der Pt-Kollegen immer höhere Anforderungen. Das BPM sieht die Notwendigkeit ein, eine Schlüsseländerung im Bereich des mittleren posttechnischen Dienstes vorzusehen, um der geänderten Situation gerecht zu werden.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Besetzung von Dienstposten FASi bei den Ämtern des Postwesens.

Bei Postämtern ab 500 Punkten muß dieser Dienstposten der Fachrichtung Pt zugeordnet werden.

Fernmeldewesen erwirtschaftet worden sei, hieß es gestern während der Tagung.

Ferner forderte man für den mittleren technischen Dienst eine stärkere Beteiligung an der Unterhaltung der neuen Dienste und Kommunikationsmittel. Auch sprach man sich für die Verbesserung der Aus- und Fortbildung zur Erzielung gleicher Bildungschancen und Qualifikationen aus. Eine klare Aussage trafen die Tagungsmitglieder zu den jüngsten medienpolitischen Entscheidungen. Man plädierte dafür, daß auch in Zukunft der Deutschen Bundespost die ausschließliche Zuständigkeit für alle Übertragungswege erhalten bleibe. Hinsichtlich der Verkabelung müsse man den Fernseh- und Rundfunkanstalten ein einheitliches Konzept vorlegen, um Unstimmigkeiten zwischen den Sendern auszuräumen.

Neue Ruhr-Zeitung / Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 30. 08. 1985

Foto: Ralf Riese



Für die Verbesserung der Aus- und Fortbildung plädierten die Mitglieder der Technikervereinigung gestern im Xanten Schützenhaus.

★ ★ ★

Bezirk Hessen

Fernmeldetechniker tagten

70 Postbedienstete aus ganz Hessen hörten einen interessanten Vortrag

BENSHEIM. Am Mittwoch, 11.9., fand in Bensheim, Dalberger Hof, im Wappensaal eine Arbeitstagung der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post statt. Anwesend sind 70 Kollegen aus allen Ortsvereinigungen der Bezirksvereinigung Hessen.

Da die Neuorganisation der Fernmeldeämter der Zukunft gewaltige Veränderungen in Struktur, Personalbedarf und Technik der Geräte mit sich bringt, ist es unbedingt erforderlich, die betroffenen Kollegen rechtzeitig und umfassend zu informieren. Dies geschah durch ein Referat des Vizepräsidenten der Oberpostdirektion Frankfurt, Stingel. Das Thema lautete: Fortschreibung der Telekommunikationsdienste mit vorsichtiger Einschätzung der Personalentwick-

Arbeitstagung soll helfen, den Kollegen die Anpassung an die Anforderung der neuen Techniken in der Zukunft zu erleichtern.

Die Vereinigung deutscher Fernmeldetechniker Post ist eine Berufsgruppenvertretung des mittleren technischen Dienstes bei der DBP. Seit 1876 besteht diese Vereinigung, in ihrer heutigen Form seit 1957. In ihr sind ca. 10.000 Kollegen im gesamten Bundesgebiet vereinigt. Sie ist gegliedert in Bezirks- und Ortsvereinigungen, an ihrer Spitze steht der Bundesvorstand.

Die VDFP tritt für eine gerechte angemessene Besoldung des mittleren technischen Dienstes sowie die Anerkennung des Technikerstatus ein. Seit 1978 wird verstärkt die grundsätzliche Einstufung des mittleren technischen Dienstes in der Eingangsbesoldungsgruppe A6 gefordert. Die Begründung dafür liegt in der spezifizierten Ausbildung sowie einer freiwilligen außerdienstlichen Weiterbildung, verbunden mit der großen Verantwortung über den Zustand der fernmelde- und posttechnischen Einrichtungen. Vergleiche mit den Technikern der Industrie können die Beamten des mittleren technischen Dienstes jederzeit standhalten. Die VDFP bietet sich an, Gespräche mit allen betroffenen Partnern zu führen.

Der VDFP-Bezirk Hessen mit ca. 1.200 Mitgliedern umfaßt den Bereich der Oberpostdirektion Frankfurt, einschließlich dem Fernmeldetechnischen Zentralamt und dem Posttechnischen Zentralamt. In einem zweijährigen Turnus veranstaltet die Bezirksvereinigung Hessen eine Arbeits- und Informationstagung über fernmelde- und posttechnische Probleme. Die jetzige Situation in der Fernmelde- und Posttechnik in Bezug auf den Personalbestand und Rationalisierung fordert eine intensive Arbeit und Information der VDFP für die Kollegen des mittleren technischen Dienstes.

Bergsträßer Anzeiger, 10. 09. 1985



ARBEITSTAGUNG: Etwa siebzig Kollegen aller hessischen Ortsverbände der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post (VDFP) trafen sich gestern zu einem Informationsgespräch der Oberpostdirektion (OPD) Frankfurt. Der OPD-Vizepräsident, Josef Stingel, referierte vor den Delegierten über das Thema „Fortschreibung der Telekommunikationsdienste mit vorsichtiger Einschätzung der Personalentwicklung im Bereich der OPD“. Er sprach auch die Veränderungen der technischen Einrichtungen im Fernmelde-dienst an, die bis zum Jahr 2010 die Beschäftigten im mittleren Dienst betreffen. Schon 1989/90 soll das Breitband ISDN (Integrated Services Digital Network) eingeführt werden. Voraussetzung dafür ist der Einsatz von Glasfaserkabeln. Bildfernsprecher, Videokonferenz, Ton-, Fernseh- und Rundfunkübertragungen werden dadurch möglich oder qualitativ verbessert, beschrieb der Vizepräsident die Folgen der schönen neuen Technik. Die technischen Neuerungen ziehen eine Veränderung der Aus- und Fortbildung bei der Bundespost nach sich. Die Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker, die bundesweit rund 10.000 und in Hessen

Anschritt

1.200 Mitglieder hat, hat sich mehrfach für eine Anpassung der Ausbildung an die neuen Techniken eingesetzt. (psb)
Bergsträßer Echo, 12. September 1985

★ ★ ★

Leserbrief:

Festschreibungen in verschiedenen Bemessungsbereichen

Im Rahmen einer BPMVfg vom 01. 03. 1985 sind für den Bereich des Fernmeldewesens „Übergangsmaßnahmen zur Begrenzung des Personalhaushaltes 1985“ festgelegt worden. Bis zur Herausgabe neuer Anhänge zur DABemÄ sind für folgende Bemessungsbereiche Festschreibungen verfügt worden:

FeÜ, PIF, FeE, FeV, PIL, Lz und FI.

Es muß davon ausgegangen werden, daß die vorhan Bemessungsunterlagen der verschiedenen Bemessungsbereiche „aktualisiert“ werden, was im Klartext bedeutet, daß die Faktoren der Begrenzung der Arbeitsposten die neuen Bemessungswerte entsprechend einzukürzen sind. Ich meine, daß die VDFP gegen diese personalfeindlichen Entscheidungen schärfsten Protest einlegen sollte.

Es kann und darf nicht unwidersprochen hingenommen werden, daß ein durch Zugang neuer Dienste und Einführung neuer Systeme bedingter Personalmehrbedarf solche Maßnahmen geregelt werden darf. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Ausführungen von Ministerialrat Lampe, BPM, der auf dem letzten Bundesdelegiertentag der VDFP in Frankfurt am Main folgend ausführte:

„Nach derzeitiger Erkenntnis wird der Personalbedarf durch die zuverlässigere Technik, einfacher Bedienung und zunehmenden Sättigung in der Telefonnachfrage deutlich beeinflusst. Die beschriebenen neuen Dienste, z. B. Fernmeldeleistungen, zeichnen sich durch hohe Leistungsmerkmale und weitersteigende Verläßlichkeit aus. Diese Leistungen wirken diesem Trend jedoch mehr als kompensierend entgegen. So ist der Bestand aller BfT-Personalposten in den letzten 5 Jahren bereits um 5.000 aufgestockt worden und unsere Personalbedarfsprognosen für die nächsten 10 Jahre weisen Zuwächse in der BfT-Laufbahn von sogar 12 % aus.“

Diese Aussage steht im krassen Widerspruch zu der vom BPM verfügten Übergangsmaßnahme zur Begrenzung des Personalhaushaltes 1985. Es muß daher mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß diese Zwangsmaßnahme sich negativ auswirken wird, wenn es darum geht, dem Bürger eine kundenfreundliche und gutfunktionierende Technik zur Verfügung zu stellen.

Jürgen Schmitz

Herausgeber: Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V. — Der Bundesvorstand — Postfach 4524, 6000 Frankfurt/Main 1
Verlag: Eifert Druck und Verlag GmbH, Postfach 2233, 7768 Stockach 1, Telefon: 07771/1591

Bezugspreis: DM 1,60 — für die Mitglieder durch den Beitrag abgegolten. Die Zeitung erscheint vierteljährlich.

Verantwortliche Redakteure:

Waldemar Hörle, 6000 Frankfurt, Tel.: privat (069) 571655, dienstlich (06196) 4782751; Werner Zok, 5600 Wuppertal 1, Tel.: privat (0202) 752851, dienstlich (0211) 4490751; Kurt Wetzlar, 6000 Frankfurt, Tel.: (069) 7382860, Mo. u. Mi. bis Fr., v. 9.00 bis 10.00.

Abschlußredaktion: Waldemar Hörle

Gezeichnete und übernommene Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der VDFP oder der Redaktion dar.

★ **Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe ist der 12. 12. 1985** ★